Einzelnummer 1 K.

Redaktion und Administration: Mährisch-Ostrau, Langegasse 34. Manuskripte auch mit Rückporto werden nur ohne Gewähr angenommen und aufbewahrt. Eine Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischer Verlages" reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

3. Jahr.

Jüdisches Volksblatt

Nr. 16

[illegible]nnement [illegible] ½jährl. K 20.—

[illegible] liche[illegible] Judens[illegible] slowaki[illegible] Staat[illegible] und in [illegible] zien zu dienen. — [illegible] 80 h für die 8fach gespaltene Millimeterzeile. Anträge für Inserate übernehmen außer der Administration alle größeren Annoncenexpeditionen. Erscheint jeden Dienstag und Freitag.

Freitag, 25. II. 1921.

17. Adar 5681.

Das Mandat.

Die Wochenschrift „Palestine" veröffentlicht folgenden Artikel über das Mandat:

Die Veröffentlichung des Entwurfes des Palästina-Mandats wird von guter Wirkung sein, wenn sie zu einer freien Diskussion über die Ziele führt, die die Zionisten und ihre Freunde sich vorsetzen, und über die Mittel und Wege, sie zu erreichen. Das Mandat liegt dem Rate des Völkerbundes vor, aber solange der Vertrag von Sevres nicht ratifiziert ist, kann die formelle Zustimmung des Rates nicht erfolgen. Dieser Aufschub muß nicht verloren sein, wenn wir ihn dazu benützen, zweifelhafte Punkte der Politik zu klären. Und diesen zweifelhaften Punkten wenden wir uns nun zu, indem wir die allgemeinere Würdigung des Dokumentes verschieben, bis es offiziell veröffentlicht ist und der Völkerbund seine Zustimmung dazu gegeben hat.

Wir geben zu, daß der Ausdruck „nationales Heim" nicht gerade glücklich ist, aber das Wort „Wiedererrichtung", das jetzt im Mandat gebraucht ist, hilft ihn zu präzisieren. Denn man kann nur etwas wieder errichten, was früher bestanden hat. Und daraus folgt, daß die Pflicht, ein nationales Heim für die Juden zu errichten, welche der Mandatar auf sich genommen hat, die Pflicht ist, eine jüdische Staatsnation in Palästina zu schaffen, so wie sie in der Vergangenheit bestanden hat, abgesehen davon, daß Araber und Christen in der Zwischenzeit Rechte im Lande erworben haben, welche geschützt werden müssen und welche tatsächlich durch die Bestimmungen des Mandates geschützt werden. Das erscheint uns sehr erwünscht.

Wir behaupten nicht, daß der Entwurf des Mandates vollkommen sei und wir werden später darauf hinweisen, was uns mangelhaft erscheint, nämlich, daß keine Bestimmung getroffen ist für die Durchführung des Wiederaufbaues des nationalen Heimes für den hypothetischen Fall, daß der Mandatar versagt. Aber wir sind befriedigt davon, daß das Mandat völlig klar macht, was seine Pflicht in Bezug auf dieses nationale Heim ist. Er hat eine Staatsnation in Palästina zu schaffen, welche die bestehenden Rechte anderer Völker dort schützen und zugleich so geartet sein soll, daß die Juden sie die ihre nennen können. Zwischen der Aufgabe und der Bedingung besteht kein Widerspruch. Zudem anerkennt das Mandat die Zionistische Organisation als Vertreter der Interessen, die die Juden der ganzen Welt in Palästina besitzen. Sie soll deren Mitarbeit möglich machen und die palästinensische Regierung „in jenen wirtschaftlichen, sozialen und anderen Angelegenheiten beraten, welche die Errichtung des jüdischen Heimes und die Interessen von Juden in Palästina betreffen", soll auch an der materiellen Entwicklung des Landes mithelfen. Die Organisation hat nicht, wie früher vorgeschlagen wurde, ein unmittelbares Vorzugsrecht zur Durchführung öffentlicher Arbeiten erhalten, da aber die Bedingung, unter welcher die Organisation sie unternehmen soll, darin besteht, daß jeder Ueberschuß über eine angemessene Verzinsung zum Vorteil des Landes angewendet werden soll, ist es offenbar, daß diese Verpflichtung ihr eine zwar indirekte, aber tatsächliche Vorzugsstellung gegenüber jeder rein kommerziellen Organisation geben wird. Das Mandat ist nicht vollkommen, es liefert aber in jeder Zeile den Beweis sowohl vom diplomatischen Geschick der Zionisten als auch vom guten Willen des Mandatars.

Die Sitzung des Aktionskomitees der Zionistischen Organisation, die Mitte Februar hätte stattfinden sollen, wurde, wenn auch nicht für lange, verschoben. Bei ihrem Zusammentritt muß die Exekutive manche Kritik erwarten. Das ist nur in Ordnung, denn das Vertrauen, das man ihr zugebilligt hat, bringt eine ungeheure Verantwortung mit sich und richtige Kritik kann viel helfen. Die Kritik des Mandats richtet sich hauptsächlich gegen zwei Punkte. Es wird eingewendet, daß die Organisation bloß beratende Funktionen und keine Kontrolle über die palästinensische Regierung hat, und es wird ferner darüber geklagt, daß, da die Araber die Majorität in Palästina seien, diese auch die Mehrheit in der freiwilligen Armee stellen würden, die angeworben werden soll. Die Kontrolle, die diese Kritiker über die Verwaltung haben wollen, soll das Recht sein, den Gouverneur zu ernennen, in dessen Hand die ganze ausübende Gewalt liegt. Anderseits soll der Gefahr einer durch eine arabische Armee den Juden zugefügten Unbill dadurch begegnet werden, daß eine jüdische Armee aufgestellt und durch sie die britischen Besetzungstruppen abgelöst werden sollen. Diese beiden Vorschläge werden von Jabotinsky vertreten und sind einer Prüfung wert. Die Wirkung dieser Vorschläge wäre, daß an Stelle der jetzigen konstitutionellen Regierung eine Art von Kolonialgesellschaft träte, deren Aktionäre die Zionisten der ganzen Welt und deren Direktoren die Exekutive des Aktionskomitees wären. Mit diesem Gedanken stimmt es überein, daß Jabotinsky darauf dringt, die Exekutive solle mehr die Auffassung der Juden in Palästina vertreten, da sonst die wirkliche Regierung Palästinas eine Oligarchie von Ausländern wäre.

Der Vorschlag, die militärische Besetzung des Landes zu übernehmen, wird manchen Engländern gelegen kommen. Sie werden in der Lage sein, etwa zu sagen: „Zugegeben, daß die Wiederherstellung der jüdischen Nation in Palästina ein großes und erhabenes Ideal ist; warum aber soll England die ganze Verantwortung für die Durchführung auf sich nehmen? Die Juden oder doch einige von ihnen streben eifrig danach, es auf eigene Kosten zu tun und sie bieten sich an, dort ihre eigene Armee aufzustellen! Warum sollen wir Millionen ausgeben, um das für die Juden zu tun, was einige von ihnen für sich selbst zu tun gewillt zu sein behaupten? Es ist unleugbar, daß diese Antwort auf die britische Bevölkerung in ihrer jetzigen Verfassung beträchtliche Anziehungskraft haben würde. Sie wollen ihre eigene Regierung beistellen und ihre eigene Armee schaffen. Was haben wir dann noch dort zu tun?" Das würden die Leute in England sagen.

Ist es aber das, was die jüdischen Massen wirklich wollen? Sind sie bereit, nicht nur ihre eigene Armee aufzustellen, sondern aus eigener Kraft einen Krieg mit den Arabern zu führen (denn das würde es bedeuten)? Oder ist die Meinung, sie sollten die Armee aufstellen, wenn aber Unruhen kämen, sollten britische Truppen intervenieren, wie dies seinerzeit in Indien und in Südafrika der Fall war? Es ist sehr gut, ganz deutlich zu sprechen. Man kann die Verantwortung nicht auf diese Weise teilen. Haben wir politische Verantwortung, so haben wir auch militärische Verantwortung; haben andere die politische Kontrolle, so brauchen wir keine militärische Verantwortung zu übernehmen. Die Juden wären töricht, wenn sie diese Vorschläge machen wollten, obzwar sie wissen, was sie bedeuten.

Es steht ja keine unerträgliche Alternative vor uns. Nach dem Präzedenzfall von Sir Herbert Samuel ist einigermaßen sicher, besonders wenn die Zahl der Juden in Palästina wächst, daß die Tendenz dafür sein wird, daß auch die künftigen Gouverneure Juden sind. Das Recht, den High Commissioner zu ernennen, bedeutet nichts Reales, was die Juden nicht bereits hätten, und außerdem wird der High Commissioner nicht immer das zentrale Organ der Exekutivemacht sein. Was die Besatzung anbelangt, so gibt es andere Mittel, wie die Juden beginnen können, die Verantwortung auf sich zu lenken. Sie können sich zur palästineischen Armee melden, und zwar in einem solchen Maße, das ihrer ganzen Stärke entspricht, nicht nach dem gegenwärtigen Verhältnis jüdischer und nichtjüdischer Bevölkerung im Lande, sondern nach ihren anerkannten Rechten und Pflichten und ihrem besonderen Interesse an [illegible] des Landes. Schließlich liegt die Differenz nicht in dem angestrebten Ziel, sondern nur in den dazu führenden Wegen. Was ist besser: die Juden dem Lande aufzuzwingen oder sie in das Land einzuführen, dabei einen Zustand der Gerechtigkeit zu schaffen, innerhalb dessen die Juden vollste Möglichkeit haben, ihre Gaben zu gebrauchen und alle loyalen Palästinenser mitzuziehen? Ein Zweifel ist da wohl nicht mögli[ch].

Wir schließen mit dem Hinweis auf einen bereits erwähnten Punkt, in dem uns das System des Mandats fehlerhaft scheint. Artikel 27 des Entwurfes lautet: „In dem Falle der Beendigung des Mandats, das durch diese Erklärung dem Mandator übertragen wird, soll der Rat des Völkerbundes solche Einrichtungen treffen, als notwendig erscheinen, um in Ewigkeit unter der Garantie des Bundes die durch die Artikel 13 und 14 gesicherten Rechte zu gewährleisten und unter der Garantie des Bundes Sicherheit zu schaffen, daß die Regierung von Palästina zur Gänze die finanziellen Verpflichtungen erfüllen wird, die durch die Verwaltung von Palästina während der Mandatsperiode rechtmäßig eingegangen worden sind.

Der Gegenstand dieser Bestimmung ist klar genug. Sie faßt die Periode ins Auge, wo die Aufgabe des Mandatars erfüllt und das „nationale Heim", mit anderen Worten das jüdische Gemeinwesen, geschaffen ist, und setzt fest, daß auch dann der Völkerbund die heiligen Stätten schützen und die Rechte jener wahren soll, welche der Regierung von Palästina Geld geliehen haben. Aber der Satz in seiner vorliegenden Fassung findet auch Anwendung auf die Beendigung des Mandats aus anderen Gründen — zum Beispiel für die entfernte, aber doch denkbare Möglichkeit, daß in England eine neue Regierung aufsteht, die Josef nicht kennt und von Palästina nichts wissen will. Wenn dies geschähe, wäre der Völkerbund durch obige Bestimmung verpflichtet, sich um religiöse und finanzielle Rechte zu kümmern, nicht aber um die nationalen Rechte der Juden in Palästina. Und abgesehen davon, was der Mandator tut oder nicht tu[t], können wir keinen Beweis finden, daß der Völkerbund als solcher ausdrücklich zur Errichtung des nationalen Heimes oder zu seiner Aufrechterhaltung verpflichtet ist. Da die Absicht so klar ist, könnte man nicht den Entwurf etwas verbessern? Könnte nicht diese letzte Bestimmung so formuliert werden, daß sie die Politik des nationalen Heimes dem Völkerbunde auferlegt in dem sehr unwahrscheinlichen Falle, daß sich der Mandatar aus Schwäche oder einem sonstigen Grunde zurückzieht, bevor das Werk vollendet ist?

Das Palästinamandat und die englische Presse.

Kritik und Würdigung.

Eine der sachkundigsten und bedeutsamsten Besprechungen des Palästinamandats, die bisher erschienen sind, veröffentlicht die angesehene englische Zeitschrift „The New Statesman" in seiner Nummer vom 12. Februar. Zunächst bemerkt „The New Statesman", daß er immer die Ansicht vertreten habe, England hätte die mit dem Mandat über Mesopotamien verbundenen Pflichten nicht auf sich nehmen dürfen, da sie außerordentlich groß und drückend seien und anderseits nichts dafür spräche, daß die Bevölkerung von Mesopotamien tatsächlich das englische Mandat verlangt habe. Hierauf geht der Artikel auf das Palästinamandat über und fährt fort:

„Mit Palästina ist es eine ganz andere Sache. Dort haben wir übernommene Verpflichtungen auszuführen und dort verlangt man nach uns in einer Weise, wie wir in Mesopotamien nicht verlangt werden. Die Befürchtungen, die wir ausgedrückt haben, waren nicht gegen die Annahme des Mandats durch England, sondern nur gegen die Art Ausführung gerichtet — also in Wirklichkeit gegen Fragen der praktischen Politik. Unser Palästina-Mandat enthält wie kein anderes Stück der Friedenstraktate ein großes Ausmaß von vernünftigen Altruismus. Zweifellos haben wir gewiß materielle Vorteile in der Gegenwart und vielleicht einige weitere in der Zukunft durch unsere Position in Palästina zu erwarten, aber nur wenige vorurteilslose Personen werden mit Herrn Zangwills Spott übereinstimmen, unsere wirkliche Absicht sei, Palästina einfach zu einer Puffer-Provinz zur Verstärkung des britischen Reiches zu machen. Es ist klar — und wenn es nicht klar ist, sollte es doch klar sein — daß wir mehr geben als erhalten. Lord Derby hat neulich die Preisgabe von Palästina (vermutlich an die Türken) mit Rücksicht auf die Kosten und

Feuilleton.

Graf Witte zur Judenfrage.

Die vom „Daily Telegraph" veröffentlichten Memoiren des Grafen Witte werden von Kapitel zu Kapitel interessanter. Im 23. Kapitel behandelt Graf Witte das kaiserliche Dekret über die Duma und die Arbeiten des Ministerrates. Er schildert seine Bemühungen, Reformen durchzuführen, die Ausnahmsgesetze gegen einzelne Konfessionen zu beseitigen oder zu mildern, die Zensurungeheuerlichkeiten einzustellen. Doch seien alle seine Bemühungen an dem Einfluß der reaktionären Parteien, welche sich der kaiserlichen Unterstützung erfreuen durften, gescheitert. Das Ministerkomitee — führt Graf Witte aus — erklärte, daß das jüdische Problem endlich einer definitiven Lösung zugeführt werden müsse und daß es eine andere Lösung als die allmähliche Abschaffung der Ausnahmegesetze gegen die Juden nicht gebe. Der Ministerrat vertrat auch den Standpunkt, daß die Judenfrage in diesem akuten Stadium nicht ohne Hinzuziehung von Vertretern derjenigen Bevölkerungskreise, welche jetzt mit den Juden in Kontakt leben oder auch Beseitigung der judenfeindlichen Rechtsbegrenzungen mit den Juden in engere Berührung kommen werden, gelöst werden könne. Da ich nun sah, daß die Tätigkeit des Ministerkomitees zu keinem ernsten Ergebnisse führe, sah ich mich veranlaßt, Seiner Majestät zu offensichtbarer Befriedigung die Einstellung der Tätigkeit dieses Komitees zu beantragen. So war deine Maßnahme, die zum Segen des Volkes hätte werden können, völlig fruchtlos, wenn nicht gar für das Land schädlich. Auch dieser Fall mußte die Intelligenz davon überzeugen, daß der Kaiser und seine Regierung entweder unfähig oder nicht willens sind, Reformen zu gewähren. An mehreren Stellen hebt Graf Witte hervor, wie verhältnismäßig klein die Zahl der Juden war, welche mit der sogenannten Emanzipationsbewegung, die schließlich zur Revolution geführt hat, sympathisiert haben. Ueber die Organisation von Pogromen von Amts wegen erzählt Graf Witte unter anderem: Im Polizeidepartement bestand eine eigene Druckerpresse, auf welcher die Pogromproklamationen hergestellt wurden, durch welche die Volksmassen gegen die Juden aufgehetzt werden sollten. Diese Tätigkeit des Polizeidepartements, welcher ich später ein Ende bereitete, erfuhr ich von dem Polizeidirektor Lopuchin, der gegenwärtig in sibirischer Verbannung lebt. In Petersburg konnte ich diese Pogromagitation von Amts wegen einstellen, in der Provinz jedoch blühte die Pogromindustrie auch weiter fort. So wurde während meiner Amtstätigkeit als Ministerpräsident in Homel ein furchtbarer Judenpogrom inszeniert, der direkt von der Gendarmerie provoziert wurde. Als ich diese beschämende Tatsache feststellte und hierüber dem Ministerrat referierte, schrieb seine Majestät auf das über diese Angelegenheit unterbreitete Memorandum, daß solche Angelegenheiten (da sie zu unbedeutend seien) ihm nicht zur Kenntnis zu bringen seien . . . . Der Kaiser ist damals sicherlich in dieser Frage vom Minister des Innern Durnowo beeinflußt worden. Der Kaiser — sagte Graf Witte an einer anderen Stelle — fand es überhaupt ganz natürlich, daß Leute, die wegen Verbrechen, begangen an Juden und Liberalen, im Sinne der Gesetze verurteilt wurden, seinerseits begnadigt werden. W. M. Z.

das außerordentlich kleine Einkommen, das wir von dem Lande erhalten dürften, verteidigt, aber die finanziellen Ausgaben, die in Rechnung zu ziehen wir allerdings vernünftigerweise berechtigt sind, dürften schwer auf uns drücken. Im übrigen können wir nur den ungenierten britischen Krämergeist von Lord Derbys Rede bewundern“.

Im folgenden untersucht die englische Zeitschrift die Berechtigung des Protestes von Emir Feisul, gegen die Mandate für Palästina und Mesopotamien, und tritt dafür ein, Feisul in Mesopotamien als Herrscher einzusetzen, falls er den Beweis erbringen kann, daß die Araber in Mesopotamien ihn als Herrscher verlangen. Hierauf aber geht die Zeitschrift in sehr interessanter Ausführung zur Besprechung der im jüdischen Lager laut gewordenen Kritik gegen das Palästinamandat über und sagt:

„Was ist aber in bezug auf die Bestimmungen des Palästinamandats zu sagen? Sie haben eine beträchtliche Kritik von jüdischer Seite erfahren. Das ist natürlich genug, da diesem geschenkten Gaul billigerweise ins Maul gesehen werden kann. Einige der erhobenen Bedenken sind vernünftig. Manche sind es unserer Meinung nach nicht. Das Mandat wird natürlich manchen Erwartungen nicht gerecht, die seit der Balfourdeklaration gehegt wurden. Aber das mußte so sein, denn diese Erwartungen waren extravagant. Das Mandat macht uns verantwortlich für die Sicherung des „jüdischen nationalen Heims“, wie die alte Wendung lautet. Beschwerden werden laut, diese Wendung nebelhaft ist, wie es ja tatsächlich der Fall ist. Wir geben zu, daß es bedauerlich ist daß eine deutlichere Anerkennung des zukünftigen Gemeinwesens (Commonwealth) von Palästina nicht hat erfolgen können. Wenn wir unsere Aufgabe erfüllt haben, Selbstverwaltungsinstitutionen (selfgoverning institutions) zu entwickeln, welcher Art von Staat wird dieses jüdische nationale Heim sein? Wir hoffen, daß es ein palestinensisches Staatsvolk (Nation) sein wird, ob es sich die Republik von Palästina nennen oder einen anderen Titel beilegen wird. Das scheint jedoch die Ansprüche einiger der zionistischen Kritiker nicht zu befriedigen. „The Jewish Word“ z. B. fordert, daß die Einwohner des Landes nicht palästinensische Bürger, sondern jüdische Bürger sein sollten. Darin stimmen wir nicht überein — das zuzugestehen heißt den Anspruch auf den „vollständigen jüdischen Staat“ zuzugeben, der die Auslegung bedeutet, welche die Extremisten immer der Balfourdeklaration aufzudrängen versuchen. Ein solcher Anspruch kann unter den gegenwärtigen Bedingungen unmöglich zugestanden werden, da die Juden eine kleine Minorität im Lande sind. Noch konnten wir vernünftigerweise in das Mandat eine Verpflichtung aufnehmen, für einen solchen Staat zu arbeiten, denn was würde das anderes bedeuten als eine Verpflichtung, die Araber, Moslims oder Christen zu vergewaltigen oder zu vertreiben? Daß die Juden bald eine Majorität werden, bezweifeln wir nicht, noch bezweifeln wir, daß sie auf Grund ihrer überlegenen Intelligenz und ihrer ökonomischen Stärke in der Verwaltung die Herrschaft haben werden. Tatsächlich setzt schon das Mandat die zionistische Organisation als einen Staatsrat (Advisory Council) ein, um mit der Verwaltung von Palästina zusammen zu arbeiten, soweit es sich um die Interessen der jüdischen Bevölkerung und die Entwicklung des Landes handeln würde. Alles dies ist für den einen Zweck, da es, wie wir schon früher gesagt haben, die Zionisten sind, von denen der Erfolg dieses Experiments abhängt. Nur wenn die Zionisten gleich im Anfang eine radikale Haltung einnehmen und so einen intoleranten Geist zeigen, so werden sie eine Katastrophe heraufbeschwören. Politik und Gerechtigkeit verlangen sicherlich eine Mäßigung von ihrer Seite. Jedenfalls sind wir, als der Mandator verpflichtet, die Interessen auch der anderen Elemente neben den Juden zu fördern und wir können kein anderes Ziel ausdrücken als die Schaffung eines palästinensischen Staatsvolkes.

Darin dürfen wir, wie wir glauben, durch alle jene wohl vernünftigen als auch enthusiastischen Juden unterstützt werden, die die Kerntruppe der zionistischen Organisation bilden.

Hierauf wendet sich The New Statesman gegen jene Kritiker, die die Aufnahme des Paragraphen über die Arbeit der Missionäre in den Mandatentwurf beanständen. Diese Kritiker sollten bedenken, daß die Mandatarmacht den christlichen Missionen nicht verbieten kann, das ihnen selbst die Türken gestattet haben, daß die Missionäre auch unter der mohammedaninischen Bevölkerung ein großes Feld haben und das schließlich die Juden in Palästina sich um diese Missionen nicht mehr kümmern müßten als in London, wo die Bekehrung eines Juden zum Christentum angeblich mehr als 10.000 Pfund Sterling kostet. Es gebe ernstere Angelegenheiten für England und die Zionisten zu behandeln. Die ernstesten seien die Frage der Immigration und der Versöhnung der Araber. Die erstere Frage ist durch einen der Mandatsartikel der Administration von Palästina als klare Aufgabe zur Behandlung gestellt. Die zweite Frage wird im ganzen Mandat von Anfang bis zu Ende in Betracht gezogen. Die Verantwortung für die Erledigung beider Punkte werde in der Praxis der zionistischen Organisation überlassen sein, nicht nur weil diese notwendigerweise die Haupttriebkraft im Lande sein wird, sondern auch mit Rücksicht auf ihren Einfluß auf die Juden der ganzen Welt.

The New Statesman schließt seine Ausführungen: „Wir glauben nicht, daß unser Vertrauen in die Zionisten falsch angebracht ist. Sie haben fähige Männer an Ort und Stelle und sie genießen die enthusiastische Unterstützung ihrer Gemeinschaft in der Diaspora. Schwierige Probleme liegen vor ihnen — politische Probleme, wie die Schaffung von Regierungsorganen in Zusammenarbeit mit der Mandatarmacht, sowohl zentraler als lokaler Art und die Aufstellung ihrer lokalen Verteidigungstruppen, ökonomische Probleme, die Errichtung von öffentlichen Werken, von Irrigation und Landwirtschaft. Die Männer, die mit diesen Problemen zu tun haben, können das Mandat, wie es entworfen ist, als ein unvollständiges Instrument betrachten, aber sie können nicht zögern, es als den Charter eines sehr großen Unternehmens anzusehen.“

Kulturelle Bestrebungen unter den palästinischen Arbeitern.

Die jüdische Welt kennt seit einigen Jahren den jüdischen Arbeiter in Palästina. Sie weiß von den vielen Helden, die ungekannt und namenlos, auf der Wacht gefallen oder in Krankenhäusern gestorben sind, noch aber kennt sie den anderen Typus des Arbeiter-Helden nicht den lernenden Arbeiter und den lehrenden Arbeiter. Sie weiß wenig davon, wie der jüdische Arbeiter, wenn er am Abend müde nachhause kommt, seine letzte Kraft zusammennimmt, um einer Lektion beizuwohnen, und nichts weiß sie von dem Arbeiter-Lehrer, der den Arbeiter hinausbegleitet in die fernste einsame Kwuzah, um dort „Kulturträger“ zu sein, Stundenunterricht zu erteilen, die Bibliothek zu verwalten, mit dem Lichte des Geistes über Stunden der Ermattung, der Verzweiflung, der Hoffnungslosigkeit, und in guten Zeiten, auch über die lange Weile der Einsamkeit hinüberzuhelfen.

Diese Institution des Arbeiter-Lehrers ist von den beiden großen Arbeiterparteien Palästinas eingeführt und gepflegt worden und ist nunmehr in der gemeinsamen allumfassenden Arbeiterorganisation (Histadruth Klalith schel poale Erez Israel) zentralisiert. Die folgenden Zeilen wollen über den gegenwärtigen Stand dieser Bestrebungen unter der Arbeiterschaft einige sachliche Daten geben.

Jaffa ist das Zentrum der Arbeiterbewegung und dementsprechend auch Zentrum der kulturellen Bestrebungen. Hier hat der Hapoel Hazair wissenschaftliche Kurse eingerichtet, an denen Naturwissenschaften und Geisteswissenschaften unterrichtet werden. Die Lehrer — meist Professoren des Gymnasiums — unterrichten umsonst, die Teilnehmer zahlen einen Piaster für die Vorlesung und dieser Beitrag deckt die Kosten. Die Abendkurse von Achdut haawoda, werden von 160 Schülern besucht, von den die Hälfte Jemeniten und Sephardim sind. Unterrichtet wird dort Hebräisch, Rechnen und Fachkenntnisse (in diesem Jahre speziell Metallarbeit.) Die Zahl der Lehrer beträgt hier zehn. Die Kurse waren so beliebt, daß sie auch während der Ferien nicht unterbrochen wurden. Das Budget für diese Kurse beträgt nur 30 Pf. monatlich. Das Schulgeld einen Piaster wöchentlich. Im Anschluß an die Kurse bildete sich ein Lehrlingsklub mit dem Zwecke, den jungen Burschen Kenntnisse in Literatur und Lebensfragen zu vermitteln. Eine Bibliothek von 1300 Bänden steht den Teilnehmern der Kurse zur Verfügung. Die Kurse sind im Begriffe sich zu einer richtigen Schule für Erwachsene auszubilden. — In den Kolonien sind Bildungszentren überall dort entstanden, wo der jüdische Arbeiter Aufnahme gefunden hat. Das ist ja leider nicht in allen Kolonien der Fall. In Mikwe Israel, das sich in den letzten Jahren dank seinem jetzigen Verwalter aus einem Nest der französischen Assimilation in ein hebräisches Zentrum verwandelt hat, besteht ein Kurs von 32 Schülern, in Petach Tikwah bestehen Abendkurse, an denen auch viele Mädchen — Näherinnen — teilnehmen. Die benachbarte Arbeiterkolonie Ejn Ganim lud den Lehrer von Petach Tikwah ein, den Unterricht auch dort zu führen, und nahm einen Teil der Kosten auf sich, so daß noch ein Hilfslehrer angestellt werden konnte. 18 Arbeiter lernen dort, und auch die Kinder dieser Arbeiter werden unterrichtet. An die Arbeiterküche von Petach Tikwah ist eine Bibliothek angegliedert, wo am Samstag von einem Fachmann Vorträge aus jüdischer Geschichte gehalten werden. In Machne Jehuda unterrichtet eine Lehrerin die Frauen der Jemeniten. Auch in Sichron Jakob sind es meistens die Jemeniten, welche die Arbeiterkurse besuchen. Da in Sichron Jakob die Bibliothek der Kolonie nicht mehr besteht, ist die Arbeiterbibliothek dort sowohl Töchter der Kolonisten ein Segen.
für die Arbeiter, wie für die Söhne und

Von den Lehrern in den Kwuzoth ist schon oben gesprochen worden. Die Kwuzoth in Men Schemen, Gan Schmuel, Merchawja, Balfuri, Kalandia, Karmel, Chulda, Kinereth, Dilb, Daganja haben ihre Lehrer, oder vielmehr hatten. Denn infolge der finanziellen Krise im Zionismus ist die Arbeiterinnenfarm in Kinereth — die einzige Arbeiterinnenkwuzah, die wir hatten, aufgelöst worden, in Kalandia und Karmel mußten aus dem gleichen Grunde die Lehrer ihre Kwuzah verlassen. Hoffentlich gelingt es dem Keren Hajessod bald, die Weiterführung des Werkes zu ermöglichen.

Die Zahl der Lehrer ist in den Kwuzoth in diesem Jahre der finanziellen Lage wegen kleiner als im Vorjahre, trotz der Einwanderung. Dagegen sind an den Straßenbauten, der „Kwischem“, neue Zentren entstanden, dort unterrichten derzeit sieben Lehrer.

Außer der bei den Kursen in Jaffa bestehenden lokalen Bibliothek gibt es eine zentrale Wanderbibliothek, welche derzeit 8000 Bücher umfaßt. Der Grundstock der Bibliothek ist durch eine Spende Dr. Weizmanns zustande gekommen. Diese 8000 Bände sind in ständiger Zirkulation. Die Bibliothek bedient 45 Siedlungspunkte im ganzen Lande. Wie hoch ist das Budget dieses Kulturwerkes? Verschwindend gering! 142 Pfund monatlich! Und als die Krise im Zionismus einsetzte, blieben auch diese aus, die Kurse wurden, wie durch ein Wunder erhalten, die Lehrer wurden nicht bezahlt. In den Kwuzoth und auf den Kwischim erhielten sie mit den Kameraden wenigstens das Essen, in der Stadt sanken sie tiefer und tiefer in Schulden.

Noch nie war die Frage nach Lehrern und Lehrbüchern so stark, wie jetzt und die Nachfrage kann nicht befriedigt werden. Das Hebräisch wird unter dem Druck der Einwanderer, die es nicht beherrschen, zurückgedrängt. Die neue Organisation der Arbeiter konnte der finanziellen Verhältnisse wegen, sich ihr Höchstziel im Augenblick nicht sehr weit stecken: „Schmirath hakajam“ Wahrung des Bestehenden, das ist alles, was man gegenwärtig tun kann. Solange bis — bis der Keren Hajessod die Mittel aufbringt; das Kulturwerk unter den Arbeitern so weiterzuführen, um wenigstens den Bestand der Sprache zu sichern. Arbeiter anderer Völker sprechen von Volkstheatern, von Arbeiterhochschulen, unsere Arbeiter wären zufrieden, wenn ihnen das Volk die Volkssprache wiedergäbe.

Aus dem palästinensischen Staatsrat.

Die vierte Sitzung dieser neuen Institution, welche einen Regierungsbeirat darstellt und eigentlich den ersten Keim der künftigen Selbstverwaltung des Landes bildet, fand unter Vorsitz des Oberkommissärs zu Anfang des vorigen Monats statt. Der Oberkommissär machte Mitteilung von der bevorstehenden Aufhebung des Tabakmonopols, ferner daß mit Rücksicht auf das Sinken der Lebensmittelpreise nunmehr wieder die Ausfuhr von Gerste bis zu einer gewissen Grenze gestattet sein wird. Bezüglich der Fleischversorgung bestehen verschiedene Projekte zur Einfuhr von ausländischem Schlachtvieh. So stehe die Regierung zum Beispiel mit dem Sudan in Unterhandlungen. Auch für Kohle und Petroleum sei ein Sinken der Preise zu gewärtigen.

Betreffs der den einzelnen Gemeinden zu gewährenden Anleihen zur Wasserinstallation berichtete Mr. Brown:

Viele Gemeinden haben in der Nähe Quellwasser, nur mangelt es ihnen an den nötigen Mitteln, um das Wasser durch Leitungsröhren ins Dorf zu bringen. Die Regierung wolle daher diesen Gemeinden Anleihen bis zu 400 Pfund Sterling unter gewissen Garantien gewähren. Die Bezahlung soll in drei bis fünf Jahren, bei 6 Prozent Amortisation, erfolgen und zusammen mit den Steuern eingezogen werden. Die Regierung hoffe diese Anleihen unbeschränkt jeder darum ansuchenden Gemeinde gewähren zu können. Hand in Hand damit würde auch die Sanierungsarbeit in den betreffenden Gemeinden durch die Abschaffung der Wasserbehälter vor sich gehen. Schließlich versprach der Oberkommissär, in besonderen Fällen die Erteilung von höheren Anleihen in Erwägung zu ziehen, worauf die Regierungsanträge zum Beschluß erhoben wurden.

Sodann wurde der Entwurf über die Hafensteuer zum Beschluß erhoben. Nach diesen Bestimmungen habe jedes in einem Hafen Palästinas eingetroffene Schiff eine gewisse Steuer zu leisten, die aber beim Anlegen in einem zweiten Hafen im Lande auf die Hälfte reduziert wird. — Es wurde auch eine Zusatzbestimmung zum türkischen Gesetzbuch angenommen, dahingehend, daß jeder, der brachliegenden Boden in Bearbeitung übernehmen will, hiezu einer Bewilligung der Regierung bedürfe. Im Sinne der türkischen Fassung des Gesetzes konnte jedermann sich brachliegenden Boden aneignen und auf diese Weise entstanden immer Bodenprozesse unter der Bevölkerung.

Darauf erstattete der Referent für Landwirtschaft sein erstes Referat, woran sich eine lebhafte Debatte schloß. Verschiedene Redner forderten, daß die Regierung ihre Aufmerksamkeit der Beforstung der holzarmen Gegenden zuwenden solle, weiters habe das Ackerbau- und Landwirtschaftsamt an die Bevölkerung populär und kurz gehaltene Belehrungen in verschiedenen landwirtschaftlichen Fragen ausgegeben. Es sei auch eine Versuchsstation für den Anbau des jetzt freigegebenen Tabaks zu errichten. Weiters wurde die Errichtung von Landwirtschaftskammern angeregt. Die Vertreter der Regierung gaben eingehende Antwort auf alle Fragen und versprachen, die Anträge der Mitglieder des Staatsrates zu prüfen und nach Möglichkeit durchzuführen. So gab der Leiter des Unterrichtsamtes die Erklärung ab, daß das Unterrichtsamt gemeinsam mit dem Landwirtschaftsamt an der Ausgabe von Broschüren über verschiedene landwirtschaftliche Fragen, für Schulkinder bestimmt, arbeiten werde. Auf diese Weise hoffe man auch den Schulkindern in den Dörfern die Elemente der landwirtschaftlichen Erziehung leicht und rasch beibringen zu können.

Betreffs des Gesetzes über den Städtebauplan teilte der Justizsekretär mit, daß das Gesetz der königlichen Regierung in London zur Einsicht vorgelegt und von ihr vollständig akzeptiert wurde. Doch habe diese einige kleine Aenderungen formeller Natur vorgenommen, welche den Mitgliedern des Staatsrates neuerdings zur Beschlußfassung vorgelegt würden. Die geänderten Fassungen wurden angenommen.

Betreffs der an Stelle des aufgehobenen Tabakmonopols einzuziehenden Tabaksteuer wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, welche zusammen mit den betreffenden Regierungsbeamten die bezüglichen Anträge auszuarbeiten und vor das Plenum des Staatsrats zu bringen hat.

Auf die Anfrage eines Delegierten über die Schwierigkeiten bei der Hypothekeneintragung antwortet Herr Bentwich, daß nach der Uebernahme der Regierung durch die Engländer die Hypothekeneintragungen in englischer Sprache geführt werden, doch wird jedem Reflektanten die Bestätigung der Eintragung sowie der Auszug des Eintragungstextes kostenlos ausgestellt.

Zum Schlusse teilte der Oberkommissär mit, daß die Regierung sich mit der Vereinheitlichung des Maß- und Gewichtssystems in Palästina befasse, und eine diesbezügliche Verordnung solle in der nächsten Sitzung den Mitgliedern des Staatsrats zur Beratung vorgelegt werden.

Oesterreich.

Der Bundeskanzler Dr. Mayr zur Judenfrage.

Der Wiener Korrespondent des Konstantinopeler „Journal d'Orient“ und des Jerusalemer „Haaretz“, Lewanon, war so liebenswürdig, der „Jüdischen Preßzentrale Zürich“, folgendes ihm vom österreichischen Bundeskanzler Dr. Mayr gewährte Interview zum Vorabdruck zu überlassen. Auf die Frage nach dem Verhalten der Regierung zur Judenfrage und im besonderen der Frage der Ostjuden in Wien, erklärte Bundeskanzler Mayr:

„Ich gehöre seit vielen Jahren zur christlich-sozialen Partei, die in der jüdischen Frage ihren bekannten Standpunkt einnimmt, einen Standpunkt, der hauptsächlich die wirtschaftliche Seite dieser Frage ins Auge faßt. Die hier geborenen oder sonst in den Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft gelangten Juden genießen den vollen Schutz unserer Gesetze, den wir ihnen willig gewähren würden, auch wenn nicht im Zusammenhang mit dem Friedensvertrage eine besondere Verpflichtung für uns in diesem Punkte geschaffen worden wäre. Was die, insbesondere seit Kriegsbeginn, zugewanderten Ostjuden betrifft, so haben wir in bezug auf sie keine Ausnahmsverfügungen getroffen. Die Bestimmungen, welche der Auswanderungspraktik zu

Grunde liegen, beziehen sich auf alle Ausländer. Das Ausland sollte nicht vergessen, daß wir da unter einem Drucke handeln. Wir können nicht einmal die eigenen Landsleute genügend ernähren. Selbst amtliche Ententekreise haben gelegentlich eine planmäßige Auswanderung ganzer Gruppen österreichischer Staatsbürger empfohlen. Von irgend einer religiösen Animosität gegen die Ostjuden, oder Juden überhaupt, ist bei uns vollends keine Rede. Wir achten jede religiöse Ueberzeugung. Auch dies darf ich hervorheben, daß unsere Stellung gegenüber dem jüdischen Problem keineswegs mit Pogrompolitik verwechselt werden darf. Das österreichische Volk neigt in dieser Frage. sowenig wie in anderen, zu gewaltsamen Lösungen. Für den zionistischen Versuch zur Lösung der allgemeinen Judenfrage besteht bei uns lebhaftes Interesse. Wir anerkennen den hohen Ernst der darauf gerichteten Bemühungen Ihrer national gesinnten Volksteile und wünschen diesen Bemühungen in aller Unbefangenheit das beste Gelingen.“

Die führenden christlichsozialen Politiker scheinen demnach einzusehen, daß man mit antisemitischen Programmen keineswegs die Oesterreich so bitter nottuenden Sympathien des Auslandes gewinnen kann. Leider scheint sich die Wiener antisemitische Hetzpresse, vor allem die „Reichspost“, noch nicht zu dieser Ueberzeugung durchgedrungen zu haben.

Ein „Wald Oesterreich“ in Erez Israel.

Es ist seit langem üblich, daß Verehrer Theodor Herzls dessen Todestag dadurch feiern, daß sie an seiner Jahreszeit Bäume für den Herzl-Wald in Ben-Schemen spenden, der als immergrünes Denkmal der Wiedergeburt des jüdischen Volkes den Namen des Schöpfers des Zionismus verewigen soll.

Die Wiener Zentrale des jüdischen Nationalfonds will nun den diesjährigen Todestag des großen Führers, den ersten nach Verwirklichung seines Traumes, zu einer besonders großartigen Kundgebung gestalten. Es soll gezeigt werden, daß das österreichische Judentum, in dessen Mitte der Meister gelebt und gewirkt hat, heute — 17 Jahre nach seinem Tode — geschlossen hinter seinem Programm: Schaffung des Judenstaates in Palästina, steht.

Heute, da der Traum Herzls Wahrheit geworden ist, wird nicht der bisher übliche Herzl-Tag, sondern ein bereits einsetzender, großangelegter „Herzl-Werbefeldzug“ das österreichische Judentum aufrufen, den Größten seiner Söhne in würdiger Weise zu ehren.

Nicht einen einzigen Juden darf es geben, der in diesem Jahre nicht wenigstens 100 Kronen zur Stiftung eines Baumes in Palästina zu Ehren Theodor Herzls widmet. Ein gewaltiger Wald von 300.000 Bäumen soll heuer in unserem alten Vaterland erstehen und den Namen Oesterreichs mit Palästina verknüpfen.

Ein „Wald Oesterreich“ in Erez Israel!

Unter der Voraussetzung, daß mindestens 100.000 Bäume bis 15. Juli d. J. aufgebracht werden, stellt das Hauptbureau den Kinerethberg am Ufer des Tiberiassees zwischen der Kolonie Kinereth und der amerikanischen Siedlung Poria für den „Wald Oesterreich“ zur Verfügung, der somit an einem der landschaftlich schönsten Punkte Palästinas erstehen wird.

Die Parole für die Werbung heißt: Auf den Namen eines jeden Juden Oesterreichs muß bis zum 15. Juli d. J. wenigstens ein Baum für den „Jaar Austria“ gestiftet werden.

Jeder Jude soll erfaßt werden. Ein Heer von Sammlern wird jeden einzelnen Juden erreichen müssen. Daß kein Jude sich weigern wird, für Erez Israel die 100 Kronen zu zahlen, die der Jüdische Nationalfonds verlangt, ist sicher.

Alle für den „Jaar Austria“ einlaufenden Spenden werden gemeinsam in einer eigenen Festschrift, die am Todestag Theodor Herzls erscheinen wird, veröffentlicht werden.

Jeder Ort und jede Bezirkssektion Oesterreichs wird ihre Haine haben, die zionistischen Vereine Gärten; die österreichische Studentenschaft bildet innerhalb des großen „Jaar Austria“ einen eigenen Wald. Nach Gärten und Hainen, nach Bezirken und Orten geordnet, soll die Liste der Spender für diesen „Jaar Austria“ ein großartiges Verzeichnis der ganzen österreichischen Judenschaft bilden.

Die Vorarbeit für den Herzl-Werbefeldzug ist im großen und ganzen abgeschlossen. Nun beginnt die Sammlung selbst, deren Gelingen Oesterreich die führende Stelle unter allen für den Jüdischen Nationalfonds arbeitenden Ländern bringen soll.

Deutschland.

Studentenvertretung.

Die Wahlen zur Studentenvertretung der Berliner Universität haben der rechtsradikal-völkisch-antisemitischen Mehrheit einen gewaltigen Sieg gebracht. Der „Deutschnationale Hochschulring“ bekamm 4005 Stimmen und damit 66 Sitze, also Zweidrittelmehrheit. Von den jüd. Gruppen erhielt die Vereinigte jüd. Liste (Zionisten) 379 Stimmen, beziehungsweise 5 Sitze, und die deutschen Studenten jüd. Glaubens (K. C.) 230 Stimmen, beziehungsweise 4 Sitze. Die Exekutive der Studentenvertretung wird eine völlig antisemitische Zusammensetzung haben. J. P. Z.

Ungarn.

Die letzten jüdischen Richter.

Die W. M. Z. berichtet: Binnen kurzem wird der gesamte ungarische Richterstand völlig judenrein sein. Die Zahl der jüdischen Richter war auch unter dem liberalen Regime keine allzugroße und wer als Jude auf der Richterlaufbahn zu höherem Range gelangen wollte, mußte, wenn er keine überwältigende Autorität auf dem Gebiete der Rechtspflege war, dies durch eine rechtzeitige Taufe wettmachen um nach langjähriger Dienstzeit normal vorrücken zu können. Immerhin hat der christliche Kurs eine Anzahl bedeutender jüdischer Juristen in den Richterstühlen vorgefunden. Um sie loszuwerden, wendet das Horthy-Regime gegen sie dieselben Gewaltmittel an wie gegen die jüdischen Lehrer und sonstigen Staatsbeamten. Vor allem wurden sämtliche jüdischen Richter dem Rechtfertigungsverfahren unterzogen. Wie diese Rechtfertigungskommissionen arbeiten, ist bekannt. Ein großer Teil der jüdischen Richter wurde als nicht gerechtfertigt aus dem Dienst entlassen oder in günstigem Falle vorzeitig pensioniert. Nun galt es noch, auch diejenigen Juden aus dem Richterstande hinauszubekommen, welche selbst der [illegible] sich [illegible] standhielten. Auf diese wurde mit dem verwerflichen Mittel des Aktenzuweisungsboykotts eingewirkt, so daß die Betroffenen schließlich keinen anderen Ausweg hatten, als selbst um ihre Pensionierung anzusuchen. Die jüngsten nationalen Opfer dieses christlichnationalen Säuberungsprozesses sind der Richter an dem Budapester Strafgerichtshof Dr. Alexander Mondi und der Bezirksrichter in Monor Dr. Desider Nagy. Diese beiden Funktionäre genossen den besten Ruf als Richter und Rechtsgelehrte.

Antisemitische Steuererpressung in Ungarn.

Aus Budapest wird berichtet: Finanzminister Hegedüs empfing dieser Tage eine Abordnung des Taber Wahlkreises, welche darüber Beschwerde führte, daß das Organ der Finanzdirektion des Komitats die kleinen Landwirte des Bezirkes mit übermäßig hohen Kriegsgewinnsteuern belaste. Finanzminister Hegedüs führte in seiner Antwort folgendes aus: „In zwei Teilen des Landes sind bei der Steuerausschreibung schwere Unzukömmlichkeiten geschehen. In einer großen Stadt des Alföld wurden auf 45 jüdische steuerzahlende Bürger 75 Millionen Kronen Kriegsgewinnsteuer ausgeworfen, daß ist ein solcher Wahnsinn, den ich nicht dulden kann, denn ich bin entschlossen, jeden arbeitenden Bürger zu schützen. Die Quelle dieser Ungerechtigkeiten liegt darin, daß die Steuerausschreibungen von geflüchteten Beamten durchgeführt werden, die weder mit den lokalen Verhältnissen vertraut sind noch die in Betracht kommenden Personen kennen. Ich werde es nicht dulden, daß Bürger erster und zweiter Klasse geschaffen werden. Man wird viel zahlen müssen, aber ich werde Gerechtigkeit walten lassen“.

Polen.

Die Forderungen der Juden in Polen.

Die speziellen Forderungen der jüdischen Politik in Polen gehen aus dem Memorandum hervor, welches die jüdische Volkspartei in Polen der Regierung überreicht hat und das der speziellen Ministerkommission, welche für die Regelung der Judenfrage gebildet wurde, überwiesen wurde. um ihr als Grundlage für ein Referat zu dienen.

Das Memorandum geht davon aus, daß im Laufe des Jahres 1920 die polnische Regierung bereits einigemale durch ihre offiziellen Vertreter sich gegenüber der jüdischen Oeffentlichkeit in Polen und im Ausland bereit erklärt hat; die nötigen Schritte zu unternehmen, um die antisemitische Bewegung in Polen einzudämmen und die berechtigten Forderungen der jüdischen Bevölkerung auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung zu befriedigen. Diese Erklärungen, welche moralische Verpflichtungen darstellen, haben die Presse der ganzen Welt passiert.

Solche Erklärungen in einer oder der anderen Form haben abgegeben: Der frühere Ministerpräsident Skulski bei der Konferenz des Komitees der jüdischen Parteien vom 31. März 1920; der ehemalige Ministerpräsident Grabski, als er im Juli 1920 den Rat für jüdische Angelegenheiten gründete; der Vizepremier Daszynski in den letzten Wochen des Jahres 1920 vor den Vertretern der polnischen Presse und bei Unterhandlungen mit den jüdischen Parteien; Gesandter Fürst Lubomirski bei den Unterhandlungen mit den jüdischen Organisationen der Vereinigten Staaten; die Delegierten beim Völkerbund Paderewski und Aschkenasi in ihrem Brief an den Vertreter der jüdischen Organisationen.

Vizeprämier Daszynski, welcher die Arbeiten des Rates für jüdische Angelegenheiten weiterführte, hat als nächstes Programm der Regierung in der Judenfrage folgendes bezeichnet: 1. Einstellung der antisemitischen Bewegung; die Regierung wird einen Aufruf über die Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens der ganzen Bevölkerung des Staates erlassen; die Regierung wird in gehörigem Maße auf die polnische Presse einwirken; sie wird auch die Vorwürfe aufklären, welche offiziell über angebliche jüdische Illoyalität zur Zeit der bolschewistischen Invasion erhoben wurden. 2. Auf dem Gebiet der Gesetzgebung und Verwaltung: Revision des Gesetzes über die Sonntagsruhe; ein Gesetz, welches alle Beschränkungen abschafft, welche aus der russischen und österreichischen Gesetzgebung übernommen wurden; Bestimmung eines Referenten für jüdische Angelegenheiten beim Präsidium des Ministerrates; Reorganisation der jüdischen Gemeinden und Ausbau der jüdischen Autonomie.

Die jüdischen Parteien haben im Rate für jüdische Angelegenheiten und während der Unterhandlungen mit dem Vizepremier Daszynski folgende Forderungen angemeldet:

1. Der jüdischen Bevölkerung muß die Unberührbarkeit von Person und Eigentum gesichert werden, das heißt antisemitische Exzesse aller Art, besonders auf Bahnhöfen und Eisenbahnen, müssen energisch bekämpft, die Schuldigen an solchen Exzessen und auch die Beamten, welche durch passives Verhalten bei Exzessen sich mitschuldig gemacht haben, müssen bestraft werden.

2. Die Regierung soll für die Opfer der Exzesse sorgen und ihnen eine Entschädigung für ungesetzliche Requisitionen, für Beraubung an Hab und Gut usw. leisten.

3. Faktische Durchführung der bürgerlichen Gleichberechtigung für die jüdische Bevölkerung Alle Dekrete, Befehle, Zirkulare und dergl., welche das Prinzip der Gleichberechtigung vergewaltigen, besonders die gegen die Juden gerichteten Verordnungen des Kriegsministeriums sollen abgeschafft werden; der Boykott jüdischer Kaufleute und Handwerker bei Regierungslieferungen und dergleichen muß aufhören; die jüdische Bevölkerung muß bei der Zusammenstellung der Steuerkommissionen und dergleichen, bei der Auflage von Steuern wie auch bei der Bestätigung der Statuten von Aktiengesellschaften usw. gehörig berücksichtigt werden; die Juden sind zu den Stellen in Staats- und Kommunalinstitutionen zuzulassen; jene Beamten, welche sich ungehöriger Behandlung von Staatsbürgern infolge ihrer Nationalität und Religion schuldig machen, sind zu bestrafen; die Zwangsliquidation jüdischer Kultur-, Gewerkschafts- und öffentlicher Institutionen durch Requisition ihrer Lokale ist abzustellen; die Vexationen gegenüber der jiddischen Sprache müssen aufhören.

4. Die Frage der sogenannten „Fremden“ ist im Einklang mit dem wahren Sinne der betreffenden Bestimmungen des Versailler Vertrages zu regeln.

5. Realisierung des Traktats über die Rechte der nationalen Minderheiten: Die jüdische Gemeinde muß reformiert werden und ausreichende Kompetenz auf dem Gebiete der Bildung und sozialen Hilfe erhalten; es ist ein Zentralorgan der jüdischen Autonomie zu schaffen; die auf die Rechte der nationalen Minderheiten bezüglichen Bestimmungen sind in die Verfassung aufzunehmen.

6. Der jüdischen Bevölkerung muß die gebührende Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften gesichert werden, zu diesem Zwecke sind die nötigen Bestimmungen in die Wahlordnung einzufügen.

Die Gleichberechtigung in Polen.

(J. C. B.) Unter den jüdischen Bankhäusern, denen die polnische Regierung die Konzessionen entzogen hat, befinden sich solche, die bereits seit mehr als 50 Jahren existieren. Sämtliche betroffener Geschäfte bildeten einen Verband zur Verteidigung ihrer Interessen. Bezeichnend ist, daß die christlichen Wechselstuben überhaupt nicht angegangen werden.

Die Lage der Juden und die Schweiz.

(J. C. B.) In Beantwortung einer Interpellation, die die Intervention der Schweiz zusammen mit dem Völkerbunde in Angelegenheit der Judenverfolgungen in Polen verlangte, erklärte die Schweizer Regierung, sie müsse in strikter Verfolgung ihrer Grundsätze es ablehnen, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einzumengen.

Der Mörder Balachowicz.

(J. C. B.) Oberst Lichatschew, welcher kurze Zeit eine höhere Funktion im Generalstab Balachowicz' innehatte, hat eine Broschüre über die von Balachowicz inszenierten Massenpogrome veröffentlicht, in der er auch eine Reihe von Fällen namhaft macht, in welchen Balachowicz persönlich Pogrombefehle erteilte oder mit eigener Hand Juden ermordete. So berichtet Lichatschew, daß Balachowicz am 14. August mit seinem Revolver den 79jährigen Greis Wolf Nodelmann erschoß, als dieser vor Balachowicz erschien, um für seine Enkeltochter, ein 14jähriges Mädchen, zu intervenieren, die von seinen Soldaten überfallen und geschändet wurde. Am 16. August meldeten sich bei Balachowicz die Juden Simche Lutkow und Jeke Müller aus dem Dorfe Dorogonawa, um den General zu ersuchen, den fortwährenden Pogromen im Dorfe durch Verweis an seine Soldaten ein Ende zu machen. Balachowicz regte sich über die Frechheit der Juden, seine Soldaten anzuklagen, sehr auf und die beiden Juden wurden sofort in seiner Gegenwart erschossen. Oberst Lichatschew sagt am Schlusse seiner Broschüre, daß er allein durch zehn Tage eine solche Menge von so grausamen Verbrechen mitansehen mußte, daß er aus Scham und sittlicher Empörung seinen Dienst verlassen mußte.

Ukraine.

45 Juden lebend begraben.

(J. C. B.) Wie die Warschauer jüdische Presse erfährt, überfiel Ende Jänner eine Bande, die sich „Marusia“ nennt, das Städtchen Talne, wo sie einige Tage hindurch raubte, zerstörte und mordete. Im Städtchen Smiela bei Kiew wurde unter Führung der Atamane Girutschile, Griesli, Cwietkowski, ein schrecklicher Pogrom veranstaltet. Zwei Tage nach dem Pogrom erließen die Mörder einen Aufruf, in dem sie den Hinterbliebenen erlaubten, die Ermordeten zu beerdigen. Der Aufruf hatte keine Wirkung, denn die jüdische Bevölkerung fürchtete sich auf den Straßen zu zeigen. Als drei Tage ohne Zwischenfall verliefen, wagten sich manche aus den Löchern und Kellern heraus. 45 Juden versammelten sich um ein Massengrab um die Toten zu begraben. Plötzlich wurden sie von den Pogrom-Banditen überfallen, in das offene Grab gestürzt und zusammen mit den Toten lebendig verschüttet.

Litauen.

Die Tätigkeit der „Ort“ in Litauen und Lettland.

(J. C. B.) Der Vertreter des Zentralkomitees der „Ort“ Gesellschaft für Förderung von Gewerbe und Landwirtschaft unter den Juden, für den Distrikt Wilna, Herr B. Kagan, kehrte aus Lettland zurück, wo er in Dwinsk und Libau Komitees der „Ort“ errichtete. In Wilna errichtet das Komitee der „Ort“ Lagerhäuser, wo Erzeugnisse der Handwerker verkauft werden. Mit Hilfe des Komitees wurden öffentliche technische Kurse für Elektrotechnik, Mechanik, Chemie, Ackerbau und wirtschaftliche Kurse eröffnet.

In Oschmany wurde eine landwirtschaftliche Genossenschaft von 50 Mitgliedern geschaffen, die 8 Desiatinen Boden für Gemüsebau bearbeitet.

Das Komitee der „Ort“ in Kowno errichtete eine neue Schmiedewerkstätte, die bereits die dritte ist. Ebenso wurden vor kurzem Schneider- und Schusterwerkstätten errichtet. Das Unterrichtsmaterial wurde von der „Ort“-Delegation in Berlin und Paris beigestellt. Ferner wurde eine Schuhmachergenossenschaft errichtet, die sowohl von der Regierung als auch von Privaten Aufträge erhält.

In Grodno, wo die Tätigkeit der „Ort“ in den Monaten Juni bis August 1920 aus militärischen Gründen eingestellt werden mußte, wurden Ende 1920 alle Institutionen der „Ort“ wiedereröffnet. Außer den bereits existierenden Werkstätten wurde eine neue Zimmermannwerkstätte für Unterrichtszwecke eröffnet. Vom Joint Distribution Committee werden Werkzeuge für die Handwerker der Bezirke Bialostok und Brest-Litowsk erwartet, die vom „Ort“-Komitee Grodno aufgeteilt werden sollten.

Die Misrachibewegung.

(J. C. B.) In Wilna und Kowno wurden Zentralbureaus der Misrachiorganisation errichtet. Viele Jeschivoth haben sich dem Misrachi angeschlossen. In Wilna wird ein misrachistisches Wochenblatt in jiddischer Sprache und eine hebräische Monatschrift herausgegeben. Das Zentralbureau in Kowno erließ einen von 40 litauischen Rabbinern unterzeichneten Aufruf an die orthodoxen Juden die praktische Palästinaarbeit zu unterstützen.

Rumänien.

Die Wahlreform und die Juden.

(J. C. B.) Die Bukowinaer zionistische Landesorganisation hat an den Ministerpräsidenten Gen. Averescu folgendes Telegramm gerichtet: „Die Regierung legt soeben dem Parlamente eine neue Wahlreform vor. Nach dieser Vorlage sollen die Städte mit den umliegenden Landgemeinden zu Wahlkreisen vereinigt werden. Hierdurch werden die Juden, welche hauptsächlich in den Städten wohnen, nicht einmal die Wahlzahl erreichen, um auch nur einen einzigen jüdischen Vertreter bei den allgemeinen Wahlen durchzusetzen. Wir Juden haben aber ein großes Interesse an einer unserer Zahl und Bedeutung angemessenen Vertretung. Wir wünschen ein Wahlrecht nach nationalen Kurien, zumindest aber verlangen wir, daß die städtischen Wahlkreise von den ländlichen gesondert werden. In der Ueberzeugung, daß die Regierung selbst es wünscht, daß die Juden des Landes eine angemessene Vertretung in Kammer und Senat haben, geben wir der Erwartung Ausdruck, daß die Regierung unserem Wunsche Rechnung tragen wird."

Im selben Sinne sind auch von den jüdischen Organisationen in Bukarest, Cluj, Temesvar und Kischeniew Schritte bei der Regierung unternommen worden.

Die Achusahbewegung.

Das Palästinaamt der Zionistischen Föderation in Rumänien hat eine lebhafte Agitation zwecks Gründung von Achusah-Gesellschaften eingeleitet, welche großen Erfolg gehabt hat. Der rumänischen Achusah-Organisation gehören bereits 1000 Mitglieder in 18 Städten an, die zusammen einen Bodenkomplex von 30.000 Dunam in Palästina zu erwerben bestrebt sind, um eine Pflanzungskolonie zu gründen. Es sind 21 Mill. Lei gezeichnet, welche im Laufe von 10 Jahren einzuzahlen sind. Die Arbeiten sollen in Palästina durch jüdische Arbeiter und durch Söhne der Achusahmitglieder geleistet werden. Der Bau von Arbeiterhäusern ist ins Auge gefaßt. Es sind Unterhandlungen wegen des Bodenkaufs bei Haifa im Gange, auch wird gleichzeitig eine Anleihe von 100.000 Lei angestrebt. Nach Möglichkeit soll die Arbeit bereits in diesem Herbst beginnen. Der Zentralsitz der Achusah ist in Bukarest.

Frankreich.

Das Judentum der „Alliance".

(J. C. B.) Zu der seinerzeit gebrachten Mitteilung über den antinationalen Inhalt des von der „Alliance" dem Völkerbunde überreichten Memorandums, ist das Komitee der jüdischen Delegationen in Paris nun in der Lage den Wortlaut der betreffenden Stelle des Memorandums, das eine schwere Anklage einer „jüdischen" Institution gegen das ganze jüdische Volk bedeutet, zu bringen. Sie lautet: „Die transozeanischen Länder sehen mit großer Unruhe die Ankunft der ersten Emigrantenwellen. Das Problem ist in seinem Wesen ein internationales. Das Gebiet auf dem es entsteht, ist auf die verschiedenen Länder aufgeteilt. Sogar einen Teil desjenigen Territoriums, das auf dem ausgedehnten Gebiete des russischen Imperiums einst den Siedlungsrayon bildete, hat noch keinen anerkannten Hausherrn. Bewaffnete Räuberbanden machen sich gegenseitig das Territorium streitig. Daraus ergibt sich, daß das Problem ein internationales ist. Eine Ueberflutung von Fremden, die vom Hunger erschöpft und durch Not aufgeregt sind, bedroht die gesellschaftliche Ordnung und die öffentliche Gesundheit.

Austritt Sliosberg aus der Delegation.

J. P. Z. Advokat Sliosberg hat seinen Austritt aus dem Komitee der Jüd. Delegationen erklärt. Dem Begründungsschreiben entnehmen wir folgende Motive für den Rücktritt Sliosbergs: Er halte sich nicht für ermächtigt, die Interessen eines beliebigen Teiles des russischen Judentums in der gegenwärtigen Zeit in der Weise zu vertreten, wie das K. d. J. D. sich befugt erklärt, die Interessen des Judentums überhaupt zu vertreten. Das Bestreben des Komitees, sich in eine permanente, alle Territorien umfassende politische Repräsentation des ganzen Judentums zu verwandeln, könne er weder aus formalen Erwägungen, noch seinem Wesen nach als regelrecht anerkennen. Ein ferneres Verbleiben im Bestande des Komitees wäre eine wissentliche rechtswidrige Aneignung der Würde eines Volksrepräsentanten. Zum Schlusse drückt Sliosberg seine tiefgefühlte Bewunderung für die selbstverleugnende Arbeit Sokolows und Motzkins aus, die die Dankbarkeit der ganzen Judenheit verdiene.

In seinem Antwortschreiben gibt Sokolow seinem Bedauern über den Rücktritt Sliosbergs Ausdruck und stellt fest, daß das K. d. J. D. sich keineswegs als permanente Institution betrachte, sondern eine solche erst schaffen will. Er ersucht Sliosberg um seine Mitwirkung an den Arbeiter des K. d. J. D., wenn nicht als Mitglied des Komitees, so doch wenigstens als Mitglied der juridischen Kommission. Sliosberg hat den Vorschlag angenommen.

Italien.

Luigi Luzzatti an die palästinensische Arbeiterschaft.

Aus Rom gelangte nach Jerusalem Prof. Anselmo Columbo, der Vertreter des italienischen Judentums bei dem Comite des Delegations Juives und überbrachte dem Waad leumi zu Händen des Herrn Dr. Thon folgendes, an die palästinensische Arbeiterschaft gerichtetes Schreiben:

„Ihr, die Ihr den grausamsten Verfolgungen entkommen seid und im heiligen Lande unserer Väter wohnet, sollt die Heiligtümer anderer Nationen respektieren, mit ihnen in wahrem Frieden leben, ohne irgendwelche politische Vorteile für Euch zu suchen. Die Geschichte ist voll von traurigen Beispielen, aus denen wir ersehen, daß Verfolgte, die die Rachegefühle ererbt haben, selbst zu Verfolgern wurden. Das ist eine große Sünde. Die Trennung zwischen Christen und Muselmanen war für die Juden gefährlich nicht nur in Palästina, sondern in der ganzen Welt. Der Verfolgte von gestern muß heute verzeihen und vergessen. Es gibt keine Verzeihung ohne vollständiges Vergessen. Nur dann kann man die neue Freiheit vollständig genießen.

In Palästina müssen die Juden die Landwirtschaft allen anderen Berufen vorziehen, um das Land wieder zu dem zu machen, wie es in der Bibel geschildert wird: ein Land, das von Milch und Honig fließt! Die landwirtschaftlichen Arbeiter sollen sich immer mehr und mehr zu genossenschaftlichen Gruppen zusammenschließen, die eine volkstümliche Kreditbasis haben. Nur auf diese Weise kann den auf genossenschaftlicher Grundlage Vereinigten geholfen werden. Nur dann wird es keine Armen geben, und die Arbeiter werden die Früchte ihrer ehrlichen Arbeit genießen.

Schreiber dieser Zeilen, die aus vollem Herzen kommen, ist bereit, obwohl 80 Jahre alt, die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu unterstützen, wie er seinerzeit in seiner Jugend derartige Gesellschaften in seinem Vaterlande Italien unterstützt hat.

Man muß den Juden Palästinas raten, sich vor der in unserer Rasseneigenschaft steckenden Gefahr in acht zu nehmen: Mutlosigkeit während eines Unglücks und Großsprecherei in Stunden des Glücks. Keine Unterdrückten und keine Unterdrücker — das muß das politische, ökonomische und moralische Programm der Juden Palästinas sein.

Die Augen aller Juden sehen auf Palästina. Die unterdrückten und verfolgten Juden sehen dort das Tor der Erlösung. Die glücklicheren, die ihr Vaterland lieben, weil es sie wie eigene Söhne behandelt, auch diese sind um das Schicksal ihrer Glaubensgenossen in Jehuda und Jerusalem besorgt.

Wir dürfen nicht einen Augenblick vergessen, daß wir es waren, die sich während der ganzen Zeit des Galuth immer für die Gerechtigkeit aufgeopfert haben. Um erlöst zu werden, müssen wir selbst am Tage der Erlösung gerecht und demütig sein. Möge doch in Palästina die Sonne des Tages aufgehen, an dem Juden, Christen und Mohammedaner, durch gegenseitige Wertschätzung vereinigt, ihrem Gotte dienen, und ihr Wunsch sei nur das allgemeine Wohl und das Recht der Entrechteten. Alsdann erst wird die Menschheit den wahren Frieden finden, der nicht durch Krieg, sondern durch Liebe erreicht wird.

gez.: Luigi Luzzatti.

Roma, am 1. Chanukkahtag 5681.

Bekanntlich hat Luigi Luzzatti des öfteren sein warmes Interesse für den Zionismus bekundet. Einige Zeit nach dem Tode Herzls war sogar davon die Rede, daß er offiziell in die Leitung der Zionistischen Organisation eintritt. Laut Meldung des „Hatoren", New-York, sollen jetzt Verhandlungen im Wege sein, die den Eintritt Luzzattis in den Economic Council des Keren Hajessod bewirken. Luzzatti ist der Vater der italienischen Genossenschaftsbewegung und gilt als Autorität in Fragen der landwirtschaftlichen Kleinsiedlung.

J. R.

Amerika.

Die Palästinabestrebungen der zionistischen Ingenieure.

Anläßlich des Besuches Barons James Rothschild fand in New-York die Konferenz der „Zionist Engineers and Agricultorers" statt. Nach einer Ansprache des Baron Rothschild beschloß die Konferenz, unter den 2000 Mitgliedern 1 Mill. Dollars in 500 Doll.-Aktien aufzubringen und dieses Kapital in verschiedenen Unternehmungen Palästinas zu investieren.

Ein Economic-Council in Amerika und Kanada.

(J. P. Z.) James Rothschild hat während seiner Anwesenheit in Amerika, die prominentesten Juden, auch die, die bisnun zum großen Teile abseits der zionistischen Bewegung standen, zur Mitarbeit für den Wiederaufbau Palästinas und für die Bildung eines Economic-Counciel gewonnen. Auf einer am 1. Februar im Privat Office von Nathan Strauß stattgefundenen Konferenz der Vertreter aller zionistischen Landesverbände (allgemeine Organisation, Misrachi, Poale-Zion berichtete James Rothschild, daß in dem von ihm gebildeten Council folgende Herren eingetreten seien: Richter Irving Lehman, als Vorsitzender, und als Mitglieder: Felix Warburg, Colonel Herbert Lehman, Cyrus Sulzberger, Salomon Rosenblum, Oskar Strauß, Louis Marshall, Nathan Strauß und als Sekretär Louis Strauß, früher Sekretär Herbert Hoovers. Die Konferenz, an der neben Mack und zahlreichen Provinzmitgliedern die ganze New-Yorker zionist. Exekutive und von den Misrachisten Rabb. Berlin, Rabb. Teitelbaum und Bublick und von der Poale-Zion Baruch Zuckermann, Dr. Syrkin und David Pinski teilnahmen, hat mehrere Resolutionen angenommen, worin u. a. James Rothschild für seine Erfolge in Amerika Dank ausgesprochen wird, ebenso Baron Edmond Rothschild (James Vater) für seine Leistungen für den Zionismus.

Dem von Rothschild in Kanada geschaffenen Economic Council gehören 75 kanadische Finanziers an, mit Mortimes Davis, dem reichsten Juden Kanadas, an der Spitze.

Rückkehr James Rothschilds aus Amerika.

James Rothschild ist von seiner Reise aus Amerika und Kanada am 15. Februar zurückgekehrt.

Ford in Geldschwierigkeiten.

Der bekannte Automobil-Fabrikant Ford ist in Geldschwierigkeiten geraten und sucht eine Anleihe von 75 Millionen Dollar aufzunehmen. Das bedeutende „Wallstreet Journal" verweist bei dieser Gelegenheit auf die von Ford geführte antisemitische Propaganda, die ihm die Aufbringung der Anleihe in Wallstreet bedeutend erschweren dürfte.

Verwerfung der Johnson-Bill durch den Senat.

J. P. Z. Die Einwanderungskommission des Senates hat der Johnson-Bill, die ein Verbot der Einwanderung, außer für nahe Verwandte, für die Dauer eines Jahres bezweckte, nicht zugestimmt und schlägt vor, daß ab 1. April die Einwanderung aus den verschiedenen fremden Staaten zahlenmäßig beschränkt werde, u. zw. mit 5 Prozent der in Amerika bereits sich befindenden Angehörigen dieser einzelnen Staaten.

Misrachi.

J. P. Z. Auf der am 18. und 19. Jänner in New-York stattgefundenen Sitzung des Großen Executiv-Komitees des amerikanischen Misrachi wurde hauptsächlich die Stellung des Misrachi zur demnächst bevorstehenden A. C. Sitzung behandelt. Es wird verlangt, daß die zion. Leitung endlich einen festen prinzipiellen Beschluß fasse, daß jede von den Zionisten irgendwie unterstützte Institution nicht gegen die jüd. Tradition verstoßen dürfe. Eine rege Agitation für den „Nachliel" wurde beschlossen und der Plan, eine Gesellschaft mit einem Kapital von mindestens 50.000 Doll. zu gründen, gutgeheißen, die Boden in Palästina erstehen und auf Ratenzahlungen weiter veräußern soll.

1 Million Dollar in Pittsburg.

J. P. Z. Die Pittsburger Zionisten organisieren eine Sammlung von einer Million Dollar für die Entwicklung der verschiedenen Industrien in Palästina, hauptsächlich der Glas- und Ziegel-Industrie, Eisengießereien und Maschinenwerkstätten.

Vom jüdischen Kongreß.

(J. C. B.) In vielen Staaten werden zahlreiche Konferenzen und Massenversammlungen für die Reorganisierung des amerikanisch-jüdischen Kongresses als permanente Körperschaft abgehalten. Aus vielen Staaten liegen bereits Berichte über die Vorbereitungen zu den Delegiertenwahlen vor. Ueberall wurden ständige Komitees und Funktionäre gewählt, die sowohl die Wahlen als auch die sonstigen Arbeiten, durchzuführen haben. In den Städten Boston, Springfield, Washington, Columbus, Ohio, Omaha, Nebraska und Scranton sind die Vorbereitungen in vollem Fluß.

Politische Chronik.

Druckfehlerberichtigung: In der vorigen Nummer hatten sich unter „Reigen" einige sinnstörende Druckfehler eingeschlichen: statt „Täuferin" ist „Tänzerin" zu lesen und später ist die „Stumme von Portici" gemeint.

Popper Lynkeus.

Am 21. Februar feierte ein Großer im Geiste seinen 83. Geburtstag. Popper Lynkeus, lebte stets in seiner Einsamkeit, und selten wurde sein Name genannt, auch dann nicht, als seine „Phantasien eines Realisten" erschienen und die Naturwissenschaftler und Naturphilosophen vom Schlage Boltzmanns dazu Stellung nehmen mußten. Erst in den allerletzten Jahren hat sich Popper durchgerungen und die große sozialistische Welle, die über Mittel- und Osteuropa zusammenschlug, brachte Poppers Werk „Die allgemeine Nährpflicht" zur öffentlichen Diskussion, was nicht verschlug, daß der greise Gelehrte, trotz Ehrungen und Feiern in Wien ein kümmerliches Dasein fristete. Die altösterreichische Verwaltung hatte für Gelehrte, die nicht einer Zunft oder Klique angehörten, nichts übrig. Vollends konnte ein Unterrichtsministerium, das jeder Zeit stark christlichsozial oder doch zumindest klerikal war, für einen Juden wenig tun, denn nicht nur in der Konkordatzeit konnte man in Oesterreich singen, „Hört Ihr Leute und lasset Euch sagen der Kultus hat den Unterricht erschlagen." Popper Lynkeus ist erst kürzlich vom Krankenlager aufgestanden und erfreute sich des Besuches seines Kongenialen Albert Einstein. Ein hoher Ethiker, von reiner Menschenliebe tief durchdrungen sollte Popper Lynkeus allerwegen in jüdischen Kreisen geehrt werden.

Slowaken jüdischer Religion.

Wo? In Zilina. Zilina war uns früher nur bekannt als wichtige Umsteigstation und als derjenige Ort, an dem man stundenlang auf Zugsverbindungen warten mußte. Nun hat es sich seinen Ehrenplatz in der jüdischen Geschichte erobert. Es verdroß scheinbar den Neologen, Kultuspräsidenten und Präsidialmitglied Dr. Sp., daß vor den Wahlen die Orthodoxen zum Minister Srobar gingen, um ihn zu fragen, welcher Partei sie ihre Stimmen geben sollen, infolgedessen „gründete" er rasch so etwas wie „Slowaken jüdischer Religion". Wir wissen ja, daß in der Geschichte sich nichts so sehr wiederholt, als die Dummheit der Menschen. Zu einer Zeit, in der es die „deutschen Staatsbürger mosaischer Konfession" dauert, noch existieren zu müssen, wird diese Mißgeburt jüdischer Opportunität in Zilina geboren. Dazu gaben sich weder die deutschen, noch die tschechischen Juden her, daß blieb einzig und allein den Zilinern vorbehalten.

Es dürfte vielleicht ein Schritt zur Verständigung mit den Orthodoxen bedeuten, die nach der „jüdischen Presse" vom „Volksverbande" das Aufgeben jeder nationalen und zionistischen Propaganda verlangen. Aber für solche plumpe Manöver durfte doch ein Koloman Weber nicht zu haben sein. Diese neue jüdische Gesellschaft der Slowaken jüdischer Religion versendete am 13. Februar Aufrufe an die Wähler der Vereinigten jüdischen Parteien in Zilina, und warnte jüdische Wähler (beileibe nicht: Slowaken jüdischer Religion), sondern glatt jüdische Wähler, sich nicht irreführen zu lassen und bei der Volkszählung sich nicht „jüdisch", sondern „slowakisch" zu bekennen, denn ersteres hätte gar keinen „praktischen Zweck" und führe nur dazu, „daß wir in unserer Heimat mit der Zeit als Fremdvolk betrachtet werden und daß das Verhältnis zwischen uns und der staatbildenden slowakischen Nation, in deren Mitte wir leben, unnötiger Art vergiftet wird". Dieser slowakische Dr. Sp. jüdischer Religion war noch vor zwei Jahren und drei Monaten natürlich ein „Magyare mosaischer Konfession" und hat als Advokat nur seine Firmatafel ändern müssen. Sonst ist er sich gleich geblieben. Der einzige Unterschied ist nur der, daß er im Reiche der heiligen ungarischen Stephanskrone die Aufrufe magyarisch verfaßte, während er dies jetzt deutsch und slowakisch tut. Die „Vereinigten jüdischen Parteien", vielleicht war Dr. Sp. sogar ihr Kandidat, sind nun in ihrer Farbenpracht in der Slowakei um eine Nuance bereichert worden und der Volksverband der Juden hat nun unter seinen Präsidialmitgliedern auch einen Slowaken.

Jedenfalls macht die Slowakei Fortschritte, auf die sie gerade nicht gar zu stolz sein braucht. Aber gegen gewisse Dinge kämpfen ja bekanntlich selbst Götter vergebens.

Erez Israel.

Politisches.

Die Währung.

Der Oberkommissar für Palästina verfügte, daß ab 22. Jänner als gesetzliches Zahlungsmittel nur gelten soll: Gold, Banknoten, Silber- und Nickelmünzen der ägyptischen Währung. Die Zirkulation fremder Münzen ist erlaubt. Der englische Goldsovereign hat den Kurs von 97,50 ägypt. Piastern. (Z. K.)

Ein „Oberster Beth-Din" in Jerusalem.

(J. Korr.-Bur.) Auf Veranlassung der Regierung findet in Jerusalem vom 20. bis 25. d. M. eine Konferenz von 71 Rabbinern und 35 Laien statt, um einen „Obersten Beth-Din" (jüdischer Gerichtshof) und einen aus Mitgliedern der Konferenzteilnehmer [illegible] den Appellationshof zu wählen. — Die legale Macht dieser Körperschaft wird von der Anpassung des jüdischen Gerichtes an die modernen Bedingungen, insbesondere in bezug auf die Frauenfrage, abhängig sein. Letztere bildet jetzt den Hauptgegenstand jeder öffentlichen Diskussion.

Unklare Lage im Ostjordanlande.

„Palestine" (London) erfährt aus Jerusalem: „Die Lage in Transjordanien ist nicht befriedigend. Man wird sich erinnern, daß das Home Gouvernement sich weigerte, Truppen zu bewilligen, welche Ostpalästina besetzen sollten. Es wurden einige wenige politische Beamte entsandt und ihnen der Auftrag erteilt, eine lokale Regierung und eine Gendarmerie einzusetzen, ohne sie mit ausreichenden Geldmitteln zu versehen. Die Bevölkerung des östlichen Palästina braucht Frieden und gute Regierung. Sie würde eine britische Herrschaft vorziehen, aber eine Verwaltung, welche keines dieser Dinge garantiert, ist nach niemandes Geschmack. Das Land ist daher für Unheilstifter empfänglich. Einige Taugenichtse aus dem Hedjas sind nach Maan und Amman gekommen, und es geht das Gerücht, daß sie einen Angriff auf die Franzosen planen. Inzwischen wird ferner berichtet, daß einige Scheichs aus dem Salzgebiet nach Damaskus gekommen sind und die Franzosen ersucht haben, die Regierung des Landes zu übernehmen. Es ist ganz sicher, daß wir in kurzer Zeit eine militärische Besetzung des östlichen Palästina vornehmen müssen. Das wird keine Vermehrung der militärischen Verantwortlichkeit bedeuten, weil die wirkliche militärische Grenze nicht der Jordan ist, sondern die Wüste." (Z. K.)

Wirtschaftliches.

Aufbautätigkeit.

In einem Bericht des „Jiddische Volk" heißt es:

Die palästinensische Arbeit bewegte sich bisher immer in einem Zauberkreise. Dr. Herzl sagte: „Schafft mir Mittel und ich bekomme den Charter". Ihm wurde entgegengehalten, „Schafft den Charter, dann wird es auch an Geld nicht fehlen." Dieser Zauberkreis ist von der Zionistischen Organisation nach dem Kriege durchbrochen worden. Der Charter ist erreicht. Nun ist es an der Zeit, auch das Geld für den Aufbau Palästinas zu schaffen. Amerika versucht jetzt die Kapitalien für den Aufbau Palästinas in Form von privaten Gesellschaften, die weder der zionistischen noch irgend einer anderen Organisation unterstehen, zu beschaffen. Statt bestimmte Kontingente für einzelne Gebiete festzusetzen, hat das amerikanische Palästinaamt alle zionistischen Distrikte Amerikas aufgefordert, festzustellen, 1. wieviel Kapital man in den nächsten zwei Jahren aufbringen kann; 2. ob die Ortsgruppen für die Schaffung von Stadt- oder Landesgesellschaften sind; 3. für welche Zweige der Landwirtschaft, der Industrie oder des Handels besonders Interesse vorliegt. Außer Alabama haben sich alle Ortsgruppen für die Gründung von Staatgesellschaften geäußert. Es ist auch zu bemerken, daß das Interesse für industrielle Unternehmungen nicht allzu stark vorhanden ist. Das persönliche Verantwortungsgefühl für Palästina ist in alle Kreise gedrungen, es finden sich auch viele Zionisten, die für spezielle Unternehmungen Interesse haben. Die Organisation hat es auch übernommen, die Gründung dieser speziellen Gesellschaften zu organisieren und hat dabei die Bedingungen bekanntgegeben, unter denen sie die Organisation solcher Gesellschaften übernimmt. Diese sind: 1. Die lokalen Gesellschaften dürfen ihre Anteile nur in einem bestimmten Territorium und nicht über das ganze Land verkaufen. 2. Die Anteile müssen in gewöhnliche und Vorzugsaktien geteilt werden; verkauft dürfen nur die Vorzugsaktien werden; die Zahl der gewöhnlichen Aktien ist begrenzt und befindet sich in den Händen der Direktion. 3. Die Aufgabe der Direktion ist, alle Fragen der Verteilung der Ueberschüsse zu erledigen, die nur dazu verwendet werden sollen, um die Geschäfte in Palästina zu erweitern, 4. Zirka 30 Prozent des Kapitals muß in Regierungsanleihen und anderen öffentlichen Unternehmungen der Finanzinstitutionen in Palästina investiert werden. 5. Zirka 15 Prozent des Kapitals muß sofort eingezahlt, der Rest im Laufe von zwei Jahren eingebracht werden. Die Zionistische Organisat. Amerikas berechnet eine kleine Provision für Organisationsunkosten. Es wird beabsichtigt, bei der amerikanischen Organisation ein Clearing House zu gründen, um die Arbeit aller Gesellschaften einheitlich zu gestalten.

Kulturelles.

Landwirtschaftliches Museum in Jerusalem.

Die Zionist Commission in Jerusalem unterhält dort seit kurzem ein landwirtschaftl. Es ist dies eine Sammlung der im Lande wachsenden Kulturpflanzen und sonstiger Gewächse in einer Anzahl von mehr als 3600 Arten. Alle ausgestellten Exemplare tragen hebräische Namen. An diese Sammlung schließt sich eine zoologische an, die sämtliche Vögel des Landes (einige hundert Arten), sowie die meisten Reptilien und Fischarten vor Augen führt. Es ist ferner der Anfang einer mineralogisch-geologischen Sammlung vorhanden. (Z. K.)

Konferenz der Führer der Wanderbünde.

Am 13. Jänner fand unter dem Vorsitz des Oberkommissärs eine Konferenz der Führer der Wanderbünde Palästinas verschiedener Konfessionen im Hause des Distriktsgouverneurs statt. Der Vorschlag, alle Wanderbünde unter einer Leitung zu vereinigen, wurde abgelehnt. Es wurde dabei auf den ausgesprochenen Charakter und die hohe Entwicklungsstufe der jüdischen Wanderer hingewiesen, die man unmöglich mit den christlichen und muselmanischen Wanderbünden, die auf sehr niedriger Stufe stehen, vereinigen kann. Es wurde beschlossen, einen gemeinsamen Rat zu bilden, der die Arbeit leiten soll, ohne den eigenartigen Charakter der Wanderbünde zu verändern. (Z. K.)

Jüdischer Fußballsieg über englische Soldaten.

Der Fußballklub der palästinensischen Turnerschaft „Makkabi" hat unter den neuen Einwanderern bereits wertvolle Kräfte erworben. Es werden regelmäßig Fußballspiele veranstaltet, obwohl es noch an geeigneten Sportplätzen fehlt. In der letzten Zeit hat der Klub mehrere Matches mit Fußballspielern aus den in der Nähe Jaffa garnisonierenden englischen Regimentern ausgefochten. Am 22. Januar fand ein Match mit dem Fußballklub des in Sarona liegenden englischen Regiments statt. Das Spiel endete mit 3:0 zu Gunsten des „Makkabi". Am „Neujahrstag der Bäume" veranstaltete der „Makkabi" einen Turn- und Gesangabend unter Beteiligung des Orchesters des englischen Regiments „Duke of Wellington". (Z. K.)

Vermessungsamt.

J. P. Z. Das Jerusalemer Vermessungsamt übersiedelt nach Jaffa, um gemäß dem Wunsche des Oberkommissärs die Vermessungen in größerem Maßstabe aufzunehmen.

Die Besiedlung.

Einfuhrschwierigkeiten in Palästina.

Aus Handelskreisen wird uns mitgeteilt, daß der Hinweis des Deutschen Auslands-Institutes, bei Sendungen nach Palästina die deutsche Mark in ½ Piaster umzukalkulieren, nicht zu empfehlen sei. Das ägypt. Pfund wertet 2½ Prozent höher als das englische. 1 ägypt. Pfund = 100 Piaster, sind also nach dem sehr erheblichen Kursrückgang des engl. Pfund gegenüber der Mark in den letzten Wochen immer noch zirka 230 Mark, ½ Piaster also etwa 1.15 Mark. Man offeriere nach Palästina am besten in englischen Pfund. (Z. K.)

Chaluzim nach Palästina.

Eine Gruppe von 103 Chaluzim hat sich nach Palästina eingeschifft. Es sind dies die Flüchtlinge aus der Ukraine, die sich während der letzten zwei Jahre für die Erdarbeit vorbereitet und die hebräische Sprache erlernt haben. Alle werden von der größten Freude beseelt, daß sie ihre Arbeit in den Dienst des Wiederaufbaues Palästinas werden stellen können.

Amerikanisch-palästinensische Schiffahrt.

In New York wurde die palästinensische Schiffahrtsgesellschaft „Palestine Commerce and Navigation Company" mit einem Kapital von 500.000 Dollar gegründet. Das erste Schiff dieser Gesellschaft, die „Kadimah", das 15.000 Tons enthält, ging Ende Januar mit Baumaterialien und Lebensmitteln von Newyork nach Palästina ab. Es führt die jüdische Flagge (Blau-Weiß mit dem Davidschild.) (Z. K.)

Die Gesundheitsfrage bei den palästinensischen Einwanderern.

In der Versammlung der jüdischen Aerztegesellschaft in Jaffa berichtete Dr. Aschermann, der die Aufsicht in den Lagern beim Bau der Chaussee Tiberias—Semach führt, über die Frage der Gesundheitspflege unter den Einwanderern. Dr. Aschermann berichtete, daß bei Beginn der Arbeit eine große Anzahl von Patienten in denselben Zelten untergebracht wurde, wo sich auch gesunde Leute aufhielten. Jetzt hat die amerikanische Sanitätsgesellschaft „Hadassah" in dieser Beziehung die nötige Fürsorge getroffen. Die neuen Arbeiterlager wurden der Aufsicht eines Aerzterates unterstellt. Für die Bekämpfung der Malaria erweist sich das Laboratorium des Dr. David in Tiberias als große Hilfe. Neben Malaria kommen häufig Magenerkrankungen und Typhusfälle vor. (Z. K.)

Vom Zionismus

Tagung der zionistischen Exekutive.

(Jüd. Korr.-Bur.) Die Ankunft Dr. Weizmanns, Sokolows und Naiditsch' wird für den 18. erwartet. Nach ihrem Eintreffen wird die zionistische Exekutive zu einer Sitzung zusammentreten, um den Bericht über die Palästinareise Dr. Weizmanns und Sir Alfred Monds entgegenzunehmen und die Frage der Entsendung einer zionistischen Delegation nach Amerika in Angelegenheiten des Keren Hajessod zu behandeln.

Die Zentrale Waad der Hitachduth schel Hapoel-Hazair Zeire-Zion für die Tschechoslowakei

teilt mit, daß sein Sekretariat, täglich außer Sabbat von 5 bis 6 Uhr nm., Sonntag von 11 bis 12 Uhr vorm. in Prag, Ruzova 24, amtiert.

Die Vorkonferenz der Landesorganisation Hitachduth findet gleichzeitig mit dem Zionistentag in Brünn am 27. und 28. März statt. Eine Propagandastelle für Mähren und Schlesien befindet sich in Brünn. (H. Zeisl, Legionärstraße 31).

Vom Jüdischen National-Fonds.

Herr Adolf Pollak, der Generalsekretär des Jüdischen National-Fonds in Haag, hielt sich auf seiner Rückreise aus Polen in M.-Ostrau auf, wo er im engen Kreise einiger Gg. über den heutigen Stand des Jüdischen National-Fonds in Palästina referierte und unsere nächsten Aufgaben im Erez Israel besprach.

Vom Altmeister.

„La Voix Juive" veröffentlicht folgenden Brief von Max Nordau:

„Sie schreiben in Ihrem Blatte, daß ich eine Wahl ins Aktionskomitee nicht angenommen hätte, weil Ussischkin gewählt worden ist. Das ist nicht richtig. Ich habe nur nicht erlaubt, meinen Namen bei Scheinwahlen zu benützen, nicht wegen irgend eines Beschlusses des sogenannten „Großen Aktionskomitees", von welchem ich bis heute nicht weiß, worin seine Tätigkeit besteht, sondern weil das zionistische Aktionskomitee zum großen Teile aus Leuten besteht, die ein Gehalt beziehen. Sie sind, nach meiner Ueberzeugung, von Dr. Weizmann gewählt, sind von ihm gänzlich abhängig und er kann sie jeden Moment ohne Grund entlassen. Natürlich können sie sich nicht erlauben, an der Leitung Kritik zu üben; trotzdem haben sie aber die Aufsicht über die Leitung und politische Tätigkeit ihres Patrons, der ihnen zu leben gibt. Sie werden begreifen, daß für mich kein Platz in einer solchen Gesellschaft ist. Dr. Nordau."

Dieser Brief ist so temperamentvoll und jugendlich, wie wir es von Altmeister Nordau gewöhnt sind. **Richtig** sind seine Behauptungen nicht. Von den nahezu hundert Mitgliedern des Aktionskomitees sind etwa acht bezahlte Funktionäre der Organisation; auch diese sind nicht von Dr. Weizmann abhängig, er kann sie nicht entlassen und auch die betreffenden Institutionen, denen sie ihre Dienste widmen, können sie nicht jeden Moment und überhaupt nicht ohne Grund entlassen. Sie können sich nicht nur erlauben, Kritik an der Leitung zu üben, sie tun dies auch immer wieder und in energischester Form. Merkwürdigerweise hat Dr. Nordau den oben angegebenen Grund nicht angeführt, als er die Wahl im Aktionskomitee ablehnte; vielmehr erklärte er, eine Wahl anzunehmen, falls außer ihm noch einige von ihm präsentierte Leute gewählt würden (ich glaube, es waren vier). Da aber der Senioren-Konvent der Jahreskonferenz sich herausnahm, diesem Diktat nicht pünktlichst zu gehorsamen, und nur einen Teil der Präsentierten (wenn ich nicht irre drei) wählte, so nahm Dr. Nordau die Wahl nicht an — die **nur** durch sein Auftreten im Aktionskomitee gekommenen Herren folgten übrigens diesem Beispiel nicht. Im übrigen erfolgte die Zusammensetzung des Aktionskomitees rein nach sachlichen Gesichtspunkten; wenn Dr. Nordau fühlt, daß für ihn kein Platz in einer **solchen** Gesellschaft ist, so spricht das gegen ihn. Lord Rothschild, der zweifellos auch etwas auf seine Reputation hält, hat die Wahl angenommen und übernahm sogar den Vorsitz dieser „Gesellschaft." Herrmann.

Der Jüdische Nationalfonds im Jahre 1920.

Der Jahresertrag 1920 an Nationalfonds-Spenden aus aller Welt beträgt 160,114.—.— Pfund d. s. zu den Kursen am Jahresschluß 9,567.000 französ. Franken bezw. in unserer Landeswährung 48,800.000.— Kč.

Diese Jahressumme bedeutet gegenüber jener des Vorjahres von 5,552.000.— franz. Franken, eine Steigerung von 72 Proz., was umso höher zu schätzen ist, als die Entwertung der Valuten in allen Ländern Zentral- und Osteuropa rapide Fortschritte gemacht hat und als gleichzeitig überall große Sammlungen für jüdische Wohlfahrtszwecke aller Art, so zur Unterstützung der Palästinawanderung, durchgeführt wurden. Zu obiger Summe kommen noch die laut Beschluß der Londoner Jahreskonferenz (Juli v. J.) aus den Einnahmen des Keren Hajessod dem JNF. abzuführenden 20 Prozent hinzu.

Bei Annahme von 15 Millionen Juden entfällt von obgenannter Jahressumme auf den Kopf eine Beitragsleistung von 64 Centimes.

Die Jahressumme verteilt sich, in franz. Franken auf die 45 Beitragsländer, wie folgt:

Nordamerika 2.392.000, England 1,172.000, Argentinien 918.000, Shanghai 759.000, Mesopotamien 621.000, Deutschland 494.000, Polen 269.000, Südafrika 268.000, Tschechoslowakei 245.000, Rumänien 194.000, Erez Israel und Syrien 194.000, Australien 191.000, Canada 188.000, Jugoslawien 183.000, Oesterreich 171.000, Holland 170.000, Belgien 128.000, Griechenland 120.000, Türkei 115.000, Ostgalizien 112.000, Italien 92.000, Schweiz 83.000, Westgalizien 82.000, Frankreich 51.000, Bessarabien 48.000, Elsaß-Lothringen 46.000, Litauen (Wilna) 34.000, Litauen (Kowno) 26.000, Ukraine (Wolhynien) 21.000, Bukowina 20.000, Weißrußland 19.000, Dänemark 19.000, Aegypten 18.000, Niederl.-Indien 17.000, Brasilien 16.000, Schweden 15.000, Ungarn 13.000, Neuseeland 11.000, 8 weitere Länder 31.000.

Unser Land mit zirka 400.000 Juden steht demnach an 9. Stelle. Es weist per Kopf eine Beitragsleistung von 61 Centimes und gegenüber dem Vorjahre eine Steigerung von 132 Prozent auf.

Seit Gründung des JNF. im Dezember 1901 sind die Spendenerträge in fast ununterbrochenem Wachstum begriffen und haben bis nun eine Summe von über 27,000.000 franz. Franken ergeben.

Der JNF. hat sich schon bisher als die populärste und ertragreichste jüdische Institution erwiesen. Von der Londoner Jahreskonferenz einhellig zum Träger der jüdischen Bodenpolitik beim Aufbau von Erez Israel bestimmt, wurde er jüngst von der palästinensischen Regierung als „gemeinnützige Institution" im Sinne des Gesetzes ausdrücklich anerkannt. So von den Fesseln des alten Regimes befreit und zu großzügiger Arbeit berufen, steht der JNF. vor einer neuen, mächtigen Entwicklung.

Offizieller Teil.

Einberufung des Zionistentages.

An die zionistischen Distriktskomitees, Ortsgruppen und Vereine. Laut Beschluß der Plenarsitzung vom 2. Februar 1921 berufen wir den ordentlichen Zionistentag der tschechoslowakischen Zionisten für den 27. und 28. März nach Brünn ein. Die Tagesordnung wurde, wie folgt, festgesetzt:

1. Eröffnung und Einlauf.
2. Wahl des Bureaus.
3. Wahl der Kommissionen.
4. Bericht des Z. K.
   a) Bericht des Präsidiums,
   b) Palästinaamt,
   c) Jugendkommission,
   d) Pressekommission,
   e) Kultusgemeindekommission.
   f) Nationalfonds,
   g) Finanzbericht.
5. Bericht der Revisoren.
6. Bericht des Legitimationsausschusses.
7. Keren Hajessod.

8. Referat über die gegenwärtige Lage im Zionismus und in Palästina, erstattet von Dr. Hugo Herrmann (Mähr.-Ostrau).
9. Berichte der Kommissionen.
10. Aenderung des Organisationsstatuts.
11. Wahlen.
12. Referat über die jüdische Turn- und Sportbewegung.
13. Bericht über die Schaffung einer Zentralstelle für soziale Fürsorge.
14. Freie Anträge.

Die Ortsgruppen haben gemäß dem Statut des tschechoslowakischen Landesverbandes für je 50 Mitglieder einen Delegierten für einen eventuellen Rest von 30 Mitgliedern einen Delegierten auf Grund des Proportionalwahlsystems mit gebundenen Listen und Listenkoppelung zu wählen. Die letztere Bestimmung gilt nur für Ortsgruppen, die mehr als einen Delegierten entsenden.

Die Distriktskomitees haben gemäß dem Statut eine genaue Belehrung über die Wahlen an die Ortsgruppen herauszugeben. Die Wahl erfolgt auf Grund der beim Zionistischen Zentralkomitee in Prag eingezahlten Schekel und Parteisteuerbeiträge für das verflossene Jahr 5680 mit der Modifizierung, daß die Ortsgruppen, im Falle sie es wünschen, und die Schekel und Parteisteuerbeiträge bis zum 18. März für das laufende Jahr 5681 dem Zionistischen Zentralkomitee überwiesen haben, die Wahl auf Grund der neuen Ziffer der Schekelzahler vorgenommen werden kann. Die Wahlprotokolle sind gemäß dem Statut mindestens eine Woche vor dem Zionistentag im direkten Wege dem Zionistischen Zentralkomitee, Prag, Ruzova 24/III., vorzulegen.

Für das Zionistische Zentralkomitee im tschechoslow. Staate

Der Sekretär: Dr. Franz Kahn.

Der geschäftsführende Obmannstellvertreter: Norbert Adler.

Mitteilungen des Palästinaamtes in Prag.

Beim zionistischen Zentralkomitee ist ein Protokoll über die konstituierende Sitzung der „Olej Tschechoslowakia“ eingetroffen, dem wir folgendes entnehmen: An der Sitzung nahmen teil: Dr. Hugo Bergmann, Ecker, Adolf Fuchs, Moritz Fuchs, Ing. Emil Theimer, Dr. Roubitschek, Frau Taub. — Der Zweck der Gesellschaft wird begründet mit der Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der tschechoslowakischen Landsleute zum Zwecke der genauen Information aller Palästinawanderer der Tschechoslowakei, Erleichterung der Einwanderung durch Rat und Tat, Ausarbeitung von Projekten zur Vorbereitung und Gründung von Existenzmöglichkeiten, Ausarbeitung und Durchführung von Projekten für rentable Kapitalsanlagen. Es wurde beschlossen, alle Auskünfte durch das Prager Palästinaamt zu leiten, welches nach freiem Ermessen Gebühren einheben soll. Die Geschäftsführung wird den in Jaffa wohnenden Mitgliedern der Histadrut übertragen. Dazu geben wir bekannt, daß das Palästinaamt in Prag sich gern bereit erklärt eventuelle Anfragen von Chaluzim und Palästinawanderern gegen Ersatz der Spesen und einer Gebühr sie weiter zu leiten. Alle Anfragen sind zu richten an das Palästinaamt, Prag, Ruzova 24.

Aus den Gemeinden

Mähr.-Ostrau.

Generalversammlung des Vereines Gemilus Chassodim.

Unter außergewöhnlich starker Beteiligung fand Sonntag, den 20. d. M., die ordentliche Generalversammlung des Vereines Gemilus Chassodim statt. Der Obmann, Herr Karl Eichenbaum eröffnete die Versammlung mit einem ausführlichen Rechenschaftsbericht, der ein erfreuliches Bild über die bedeutende Entwicklung dieses Vereines bot. Der Kassabericht des Herrn Moritz Wechsler, geteilt nach der Gebarung mit den Geldern des orthodoxen Mirjam und der Unterstützungssektion des Vereines, wurde nach dem Antrage des Revisors Max Adler zur Kenntnis genommen. Herr Dr. Hilf erbot namens der Kultusgemeinde die Vorlage des Kassaberichtes und einer Vermögensbilanz an die Kultusgemeinde. Nach einer eingehenden Debatte, in welcher teils persönliche Fragen erörtert, teils Vereinsangelegenheiten besprochen und einer Kritik unterzogen wurden, wurde zunächst die Sitzung unterbrochen, um das Minchahgebet zu verrichten. Die hierauf vorgenommenen Neuwahlen ergaben nachstehendes Resultat. Gewählt wurden die Herren: Rubin Abrahamer, Dr. Max Beer, Karl Eichenbaum, Arnold Fuchs (neu), David Goldberger, Josef Landau, Isak Matzner, Karl Nacher (neu), Berthold Schiff (neu), Moritz Wechsler für den Ausschuß; die Herren Max Adler und Oberkantor Moritz Löwy als Revisoren. Es mag noch erwähnt zu werden, das bei insgesamt 126 abgegebenen Wahlzetteln die Stimmen sich auf 53 Kandidaten verteilte.

Berichtigung.

Mähr.-Ostrau. In dem Aufruf des Volksvereines „Zion“ soll es richtig heißen statt: „Die Sektion unseres Vereines:“ Die Leitung des Vereines „Ibhriah“, statt: „eminent zionistische Ziele“: die eminent wichtigen Ziele.

Volksverein „Zion“.

Samstag, den 26. d. M. 8 Uhr abends gemütliche Zusammenkunft aller Mitglieder des Vereines „Zion“ im Klubzimmer des Cafee „Union“.

The dasant des Sportklubs Makabi.

Sonntag, den 28. Februar, 4 Uhr nachmittags im Palais de danse des Hotels National. Dauberkapelle.

Bazar.

Der 20. März bringt eine Ueberraschung für Mähr.-Ostrau. Wie bereits mitgeteilt, veranstaltet der jüdisch-nationale Frauen- und Mädchenverein „Mirjam“ an diesem Tage einen Jahrmarkt mit Bazar und allerlei Belustigungen für groß und klein, der sich, den Vorbereitungen nach zu schließen, den bisherigen Veranstaltungen des Verein. würdig anschließen dürfte. Der Reinertrag fällt dem Fonds zur Errichtung eines jüdischen Kindergartens in Mähr.-Ostrau zu. Fleißige Hände sind eifrig an der Arbeit und verfertigen, mitunter mit sehr primitiven Mitteln, die schönsten Dinge, kunstgewerbliche Arbeiten, Kinderspielzeug und dergleichen. Das Material zur Anfertigung aller dieser Sachen geht aber leider bald zu Ende und es ergeht daher an alle Mitglieder und Freunde des Vereines die Bitte insofern sie sich nicht selbst an der Arbeit beteiligen wollen, wenigstens alles entbehrliche alte Material, das sich gewiß in jedem Haushalte finden wird, wie Seiden- und Stoffreste, alte Puppen und dergleichen. dem Vereine zur Verfügung zu stellen. Besonders an alle jungen Mädchen ergeht die Aufforderung durch eifrige Mitarbeit zum Gelingen des Ganzen beizutragen. Jeden Montag, 8 Uhr abends, Besprechung und Arbeitseinteilung in der Kanzlei: Dr. Felix Winterstein, Mähr.-Ostrau, Teschnergasse.

*

Der jüd. Handwerkerverein für Mähr.-Ostrau und Umgebung veranstaltet aus Anlaß des 10jährigen Bestandes am Samstag, den 5. März l. J. im großen Saale des Hotel National ein Tanzkränzchen. Anfang 8 Uhr abends: Musik Dauberkapelle. Entree pro Person 10 Kč. Abgabe 3 Kr.

Für den Vorstand: J. Bodenstein.

*

Die Bibliothekstunden in der jüdischen Zentralbibliothek finden nicht mehr Dienstag, sondern jeden Montag, von 1/2 6 bis 1/2 7 Uhr abends im Beth-Hamidrasch-Zimmer der Jüd. Volksschule statt.

*

Die regelmäßigen Vorträge im Verein Ahavath-Thora werden wieder jeden Samstag von 3 bis 4 Uhr nachm. abgehalten, und zwar trägt Herr Rabbiner Dr. Spira Schulchan-Aruch vor. Gäste willkommen.

*

Aus der Theaterkanzlei.

Freitag, den 25. Februar, 7 Uhr abends gelangt die komische Oper „Don Juan“, Musik von W. A. Mozart zur Erstaufführung. (Stammsitz A.) In den Hauptpartien sind beschäftigt die Damen: Else Latzer, Betty Nording, Rosa Rosen und die Herren: Franz Madl, Paul Niels, Emil Sarsky, Marcell Swoboda und Armin Weltner. Musikalische Leitung: Anton Aich. Spielleitung: Oberspielleiter Paul Niels. Es wird ausdrücklich aufmerksam gemacht, daß die Aufführung der Oper „Don Juan“ pünktlich um 7 Uhr beginnt.

Samstag, den 26. Februar geht die melodiöse Operette „Die Fledermaus“, Musik von Johann Strauß in Folge 5 blau in Szene.

Sonntag, den 27. Februar, 3 Uhr nachmittags Wiederholung der Operette „Die Fledermaus“. (Außer Dauer- und Stammsitz.) — Abends halb 8 Uhr zweite Aufführung der Oper „Don Juan“ von W. A. Mozart. (Stammsitz B.)

Mißlitz.

Der hiesige Volksverein „Zion“ veranstaltete am Sonntag, den 20. d. M., um 6 Uhr abends, eine Versammlung, bei der Dr. Gustav Kohn (Mähr.-Ostrau) über die „Gegenwärtige Lage im Zionismus“ referierte. Die Versammlung war gut besucht und wurde von unserem Obmanne Herrn J. Deutsch eröffnet.

Jägerndorf.

Am 14. d. M. veranstaltete auf Anregung des Vereines Zion Herr Oberkantor Behr, einen ostjüdischen Liederabend, der sich eines großen Zuspruches erfreute. Nicht nur von unseren Gemeindemitgliedern, sondern auch von unseren arischen Mitbürgern besucht, war der Saal bis auf das letzte Plötzchen gefüllt. Herr Oberkantor Behr, der sich ja seit jeher der allgemeinen Beliebtheit erfreut und dessen angenehme Stimme schon oft im Konzertsaal unser Ohr vernahm, hat uns durch seine diesmaligen Vorträge vor allem mit jener Volkskunst vertraut gemacht, die unsere östlichen Volksbrüder in schwerer Stunde schufen und pflegten. Der Wohllaut der Stimme des Vortragenden und die herrliche Ausdrucksweise, mit welcher uns diese Lieder zu Gemüt geführt wurden, verdienten voll und ganz den immer wiederkehrenden Beifall. Besonders erwähnt sei noch die gewählte Zusammensetzung des Programmes, indem wir nicht nur das tragische, sondern auch das heitere Volkslied des jüdischen Volkes kennen lernten. Auch die Rezitation des Frl. Herzfeld fiel recht gut aus. Zu dem Zustandekommen dieses Abends trug speziell Herr Dr. Singer bei.

Blau-Weiß-Redoute, Prag.

Ein Komitee, bestehend aus den ersten Kreisen der Prager jüdischen Gesellschaft veranstaltet am 28. Februar zu Gunsten des J. N. F. im großen Luxurnasaal, einer prächtigen Halle, welche 3000 Personen umfaßt

eine Maskenredoute,

welche in jeder Hinsicht der Höhepunkt der heurigen Ballsaison sein wird. Erste Prager Künstler haben die Oberleitung der Veranstaltung übernommen. Die bisher eingelaufenen Reklamationen lassen einen großen Besuch aus der böhmischen und mährischen Provinz erwarten. Reklamationen sind an die Büros der Blau-Weißen Redoute, Rosengasse 24, zu richten.

Jüdischer Sport

Gau Nordmähren—Schlesien des J. F. V.

Die Adresse des Makabi Teschen ist: Fritz Barber, Ostrauerstraße.

An Beiträgen an den Gau von Wettspielen sind abzuführen: 1. von jedem Meisterschaftswettspiel 5 Kč, Freundschaftswettspiel 10 Kč, 2. eine Kopfsteuer von 10 Hellern pro Karte.

Die Anmeldung der Wettspiele hat spätestens 5 Tage vorher zu geschehen; erfolgt dieselbe nicht rechtzeitig, so ist der doppelte Betrag der Anmeldungstaxe zu bezahlen. Die Abrechnung der Kopfsteuer hat jeder Verein für den abgelaufenen Monat bis zum 5. des folgenden Monats an den Gau zukommen zu lassen. Adresse: Max Weber, Str. d. tsch. Leg. 6. Geldsendungen mit Posterlagschein an die Mähr.-Ostrauer Volksbank auf Konto Oskar Barber.

Die Maskenredoute des Sportklubs Makabi findet Samstag, den 12. März statt.

ROSA POLLAK
HERMANN STERNLICHT
VERLOBTE.
REPISCHT, ALBERSDORF,
im Februar 1921.



Veranstaltet Purim-Sammlungen zu Gunsten des Jüdischen National-Fonds.



„Allgemeiner Zeitungsverlag“ Ges. m. b. H. — Verantwortlich Josef Stalle, Oberfurt.